

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des D. M. V., Berlin Nr. 138 262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Losung: Kampf dem Sozialismus

Am 31. August wurde öffentlich mitgeteilt, daß in Berlin 140 000 Metallarbeiter ihre Kündigung zum 30. September erhalten haben. Es sei, so wurde begütigend hinzugefügt, nicht beabsichtigt, sie wirklich zu entlassen, wenigstens nicht alle; es sollen „nur“ die Löhne gekürzt werden. Einen Tag zuvor hat sich in den Bergmann-Elektrizitätswerken etwas womöglich noch Skandalöseres abgespielt. Dort war einem Angestellten ein Lohnabzug gemacht worden, er hatte sich das nicht gefallen lassen und das Arbeitsgericht hat in der Tat die Firma zur Zahlung verurteilt. Wie beantwortete das die Firma? Sie machte am 30. August die gleichen Abzüge von neuem, kündigte zehn Angestellten und machte durch Anschlag bekannt: wenn das höhere Gericht jenes Urteil bestätigen sollte, so werde sie noch viel mehr Entlassungen vornehmen.

Ist es denn nicht auch himmelschreiend? Der gelernte Metallarbeiter — so heißt es in der Kundgebung — verdient in Berlin 1,12 RM die Stunde, im Akkord sogar 1,50 RM. Darf man so etwas dulden? Es wäre ein leichtes, auszurechnen, daß diese Löhne in 50 vollen Arbeitswochen, zu je 50 Stunden gerechnet, nur ein Jahreseinkommen von 2800 und 4000 RM ergeben; in Wahrheit also, da ja Unterbrechungen durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit stets vorkommen, vermutlich nicht mehr als 2500 und 3500 RM. Das bedeutet für den Stundenarbeiter nur eben das nackte Sattessen, für den Akkordarbeiter eine Kleinigkeit mehr. Und das sind die höchsten Löhne. Der niedrigste wird zugleich mit 84 Rpf angegeben, was bei voller Stundenzahl nur 2100 RM im Jahre ergibt, in Wahrheit also wohl zwischen 1800 und 1900 RM. Viel weniger als in Berlin der notdürftige Lebensunterhalt kostet. Das sind die Löhne, die die Unternehmer angeblich unbedingt senken „müssen“, weil die Preisabbauaktion des Herrn Brüning das erfordert.

Doch wir wollen diese Rechnung gar nicht aufmachen. Wir stellen vielmehr die Frage: Hat denn der Arbeiter nicht das Recht, nach mehr zu streben als nach Befriedigung der kärglichsten Lebensbedürfnisse? Hat er nicht allen Anspruch auf, sagen wir, 4000 bis 5000 RM Jahreseinkommen (bei heutigem Preisstand der Unterhaltsmittel), wo jeder Aktionär, jeder Aufsichtsrat seine 10 000, 12 000 und mehr Mark jährlich einstreicht, ohne die Finger krumm zu machen?

Da die Unternehmer mit diesen Überfällen Ende August kamen, 14 Tage vor der Reichstagswahl, sieht es fast so aus, als wollten sie noch recht auftrumpfen. Als wollten sie den Arbeitern zeigen, daß sie auf die Wahl pfeifen. Denn das darf man ja als sicher annehmen, daß nach diesen Vorkommnissen so mancher Arbeiter und Angestellte, nicht nur in der Metallindustrie, mit der Faust auf den Tisch schlagen und sagen wird: jetzt wähle ich rot. Gewiß mußten die Unternehmer den Termin wahrnehmen, an dem die Verträge ablaufen. Aber daß sie nicht den leisesten Versuch gemacht haben, die Sache anders zu decheln und aus der Wahlbewegung herauszunehmen, zeigt doch, daß ihnen das Rotwählen aus Verärgerung im Grunde ihres Herzens ziemlich wurst ist.

Und das kann es auch, solange es nur aus Verärgerung geschieht. Nicht darauf kommt es an, einmal aus Wut rot zu wählen und vielleicht das nächste Mal, je nach Laune und Stimmung wieder zu einer andern Farbe hinüberzuwechseln. Ja, es genügt nicht einmal, wenn einer dauernd für den Sozialismus stimmt und meint, damit habe er genug getan und brauche sich weiter um nichts zu kümmern. Vielmehr muß der Prolet einsehen, daß die Qualen, die auf ihm lasten und ihm das Leben verkümmern, nicht durch dieses oder jenes einzelne Vorkommnis verursacht sind, sondern durch die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst. Er muß einsehen, daß ihn folglich auch nicht ein einmaliges Rotwählen daras erretten kann, sondern daß der Kapitalismus dauernd und von der Wurzel aus bekämpft werden muß. Mit einem Wort: er muß nicht nur für den Sozialismus stimmen, sondern sich zum Sozialismus bekennen und bereit sein, die Opfer zu bringen, die der Kampf um die Befreiung des Proletariats von der kapitalistischen Ausbeutung erfordert.

In diesem Sinne fragen wir: Was haben die Lohnkürzungen mit der Wahl zu tun?

Daß die Sache mit dem Preisabbau Schwindel ist, haben wir des öftern nachgewiesen. Die Preise im Großhandel kommen für den Arbeiter nicht in Betracht, da werden nur die Profite zwischen verschiedenen Unternehmerrgruppen hin- und hergeschoben. Für den Lebensunterhalt aber muß sogar die amtliche Statistik zugeben, daß er seit Monaten wieder teurer wird. Der Arbeiter wird also in eine doppelte Zange genommen: für den Lebensunterhalt muß er mehr bezahlen, und zugleich soll er weniger Lohn kriegen.

Abgesehen vom Preisschwindel haben die Unternehmer gegenwärtig noch einen andern Vorwand für die Lohnkürzung: die Geschäfte gehen schlecht; wir befinden uns in einer Krise, sogar in einer solchen, die sich nicht auf Deutschland allein beschränkt; wir stecken mitten in einer rasenden Weltwirtschaftskrise. Was also soll so ein armer Unternehmer machen, wenn ihm niemand mehr

etwas abkauft, wenn die Preise nur so purzeln? Da bleibt ihm doch gar nichts anderes übrig, als seine Unkosten zu senken, das heißt eben in erster Linie die Arbeitslöhne. Sonst macht er Bankrott und dann wird die Arbeitslosigkeit noch größer.

Halten wir vor allen Dingen einmal fest, wie hier so ganz nebenbei das Eingeständnis herausplatzt, daß die Großhandelspreise nicht etwa aus freiem Willen der Unternehmer sinken, sondern weil die Waren zu den hohen Preisen auf dem Weltmarkt unverkäuflich wurden. Und dafür wollen sie sich nun an den Arbeitern schadlos halten. Das ist der wahre Zusammenhang.

Im übrigen ist es wohl richtig, daß im Augenblick die Geschäfte schlecht gehen. Aber erst seit wenigen Monaten. Die Klagen der Unternehmer und ihre Bestrebungen, die Löhne zu kürzen, namentlich aber auch die riesige Arbeitslosigkeit, die dauern schon ununterbrochen, mindestens seit fünf Jahren.

Mütern wir die Zahlen, die die amtliche Statistik liefert, so ist höchstens allenfalls vom April dieses Jahres an ein Rückgang der Geschäfte zu merken. Im Mai gab es sogar zum großen Teil noch wieder eine Besserung. Auch der Juli hat vielfach wieder besser abgeschnitten als der Juni. Und was die Großhandelspreise

anbelangt, deren Sinken den Hauptgrund für die Lohnkürzung abgeben muß, so ist ihr Rückgang nicht älter als seit Februar dieses Jahres und macht alles in allem (Juli gegen Januar) nur 5% vH aus (während die Lebenshaltungspreise im Juli nur 2 vH unter Januar standen). Wenn es also wahr wäre, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit die Folge einer großen Krise und der deshalb gesunkenen Preise sei, dann müßte sie erst im Februar dieses Jahres oder noch später angefangen haben. Wir wissen aber, daß sie schon seit dem Herbst 1925 mit nur wenigen Unterbrechungen andauert, wenn sie auch in den letzten Monaten wieder besonders stark angeschwollen ist.

Deshalb wollen wir uns kein X für ein U vormachen lassen. Die 140 000 gekündigten Metallarbeiter in Berlin werden am Ende des Monats vor derselben Wahl stehen, wie schon so viele vor ihnen: entweder Lohnkürzung oder Entlassung. Die Arbeitslosigkeit wird weiter wachsen, das Leben wird teurer werden. All unsere Qualen werden so lange dauern, wie der Kapitalismus herrscht. Deshalb nicht bloß die Faust in der Tasche ballen, nicht bloß einmal rot wählen, sondern sein Leben weihen dem Kampf für den Sozialismus. Das muß unsere Losung sein.

An die Metallarbeiter der Welt!

Der 12. Internationale Metallarbeiterkongress hat einstimmig nachstehendes Manifest beschlossen:

Kameraden!
In dem Ort, an welchem vor zehn Jahren nach dem Schrecken des Weltkrieges unsere Internationale wieder aufgerichtet wurde, zum Internationalen Jubiläumskongress versammelt, entbieten die Delegierten der zwei Millionen Metallarbeiter Euch allen und Euren Verbänden herzlichen proletarischen Gruß.
Auch die nüchternste Prüfung ergibt, daß die Bedeutung unseres Bundes immer schärfer hervortritt, daß die Leistungen des Bundes dem Wohle der Metallarbeiterschaft bestimmt waren und genützt haben.

In Anbetracht der Internationalisierung der kapitalistischen Betätigung, der Revolutionierung der Wirtschaft und der Produktion erscheint die proletarische Internationale noch viel wichtiger, wird sie zu einer der stärksten Hoffnungen und Stützpunkte der Arbeiterklasse.

So rufen wir Euch allen zu:
Lasset uns den Gedanken der internationalen Solidarität überall pflegen und verbreiten!

Lasset uns die klassenbewußten Organisationen proletarischer Abwehr überall festigen und vereinfachen!

Lasset uns überall die Überzeugung verbreiten, daß die internationale proletarische Organisation und Aktion neben der eigenen Kraft berufen ist, die Wirkungen der kapitalistischen Krise auf die materiellen und moralischen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu lindern, darüber hinaus aber die Überwindung der kapitalistischen Periode vorzubereiten.

Sammelt Euch um Eure Verbände!

Führt Euren Verbänden neue Kämpfer zu!

Sammelt Euch um das Banner des Internationalen Metallarbeiter-Bundes!

Es lebe die internationale Solidarität und Aktion!

Krise und Krisenmacher

Von Heinrich Ströbel

Wir haben schon jetzt, im August, 2 3/4 Millionen Arbeitslose. Auch bürgerliche Politiker und Nationalökonomens werfen die Frage auf, wieviel Arbeitslose wir dann erst im Winter haben werden. Selbst der Minister Stegerwald sprach von 4 bis 5 Millionen. Daß das nicht nur eine furchtbare Geißel für die Arbeiterschaft, sondern auch eine Katastrophe für die ganze deutsche Wirtschaft sein würde, begreift jeder denkende Mensch.

Um zu wissen, wie man der Arbeitslosigkeit Halt gebieten kann, muß man sich über ihre Ursachen klar werden. Diese liegen zutiefst in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst. Dies System geht nicht darauf aus, soviel Produkte als möglich zu erzeugen und soviel Arbeiter als möglich zu beschäftigen, sondern auf den Gewinn. Die Arbeiter und Angestellten erhalten nicht den vollen Ertrag des von ihnen erzeugten Wertes, abzüglich des auf Transport- und Handelsunkosten entfallenden Teils, sondern nur einen Bruchteil davon. Den anderen Bruchteil behalten die Unternehmer und Aktionäre als den auf sie entfallenden Gewinn. Dieser Gewinn aber wird keineswegs, wie die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, annähernd hundertprozentig im Verbrauch für das tägliche Leben wieder verausgabt, wodurch der Verbrauch der erzeugten Güter erfolgt, sondern wird zum großen Teil wieder in neuen Unternehmungen oder Aktien angelegt, wodurch neue Gewinnquellen erschlossen werden sollen. Bieten sich im Inland nicht sichere und profitverheißende Anlagemöglichkeiten, so wandert dieser Gewinn auch einfach in das Ausland. Ein erheblicher Teil des aus dem Produktionsvertrag gezogenen Gewinns wird also ständig nicht wieder zum Aufkauf einheimischer Produkte verwendet, so daß ein Teil dieser Produkte unverkäuflich bleiben muß. Die dadurch hervorgerufene Absatzstocung erzeugt dann Produktionsstocung. Diese letztere aber führt unfehlbar zur Arbeitslosigkeit.

In einem Punkt vor allem unterscheidet sich Deutschlands Krisenzustand von dem Englands und Amerikas: er wurde nicht verursacht durch den Rückgang der Ausfuhr. In England ist im ersten Halbjahr 1930 die Ausfuhr um 15 vH, in den Vereinigten Staaten gar um gut 20 vH gefallen. In Deutschland dagegen hatte sich in den ersten fünf Monaten 1930, also gerade in der Zeit der gewaltigen Arbeitslosigkeit, die Ausfuhr fast auf der Höhe der Ausfuhr des Jahres 1929 gehalten. Die deutsche Ausfuhr war im Jahre 1929 glänzend und bis zum Mai 1930 durchaus befriedigend. Trotzdem war die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahre 1929 und in den betreffenden Monaten 1930 ungeheuer groß. Betrug doch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger und Krisenunterstützten in den letzten drei Jahren;

	1928	1929	1930
Januar	1 561 000	2 392 000	2 483 000
Mai	762 000	1 011 000	1 890 000

Ein riesenhaftes Wachstum also gegenüber 1928 — trotz der gegenüber 1928 so erheblich gestiegenen deutschen Ausfuhr. Wie war das möglich? Man verweist so gern auf die Zunahme der Erwerbstätigen in Deutschland. Nun, nach der amtlichen Statistik hat ihr Zuwachs gegen 1928 nur 123 000 betragen und für das Jahr 1930 wird amtlich sogar eine Abnahme um 25 000 errechnet, da sich in diesem Jahre der Geburtenausfall der Kriegsjahre auszuwirken beginnt. Also die Zunahme der Erwerbstätigen spielt für die Zunahme der Arbeitslosigkeit für die Jahre 1929 und 1930 gleichfalls keine Rolle. Oder war etwa eine Produktionsabnahme in Deutschland eingetreten? Im Jahre 1929, wo doch die Zunahme der Arbeitslosigkeit schon so auffallend groß war, keineswegs. Im Gegenteil, der vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Produktionsindex ergab sogar eine Zunahme der Produktion von 100 auf 101,6.

Wir betonen bereits: die ungeheure Arbeitslosigkeit der letzten Jahre trat ein, obwohl sich der Produktionsumfang selbst noch erweitert hatte. Nämlich von 100 im Jahr 1928 auf 101,6 im Jahr 1929. Aber man kann selbstverständlich nicht Millionen von Arbeitern aus Lohn und Brot bringen, ohne dadurch die Produktion zu gefährden. Im Jahre 1926 ging infolge der Arbeitslosigkeit der Produktionsindex von 83 auf 79 zurück, und 1930 ist auch bereits eine Senkung des Produktionsindex von 101,6 auf 93,6 im ersten Quartal und auf 84,6 im Durchschnitt April-Mai eingetreten.

Arbeitslosigkeit solchen Umfanges muß ja zu einer Kaufkraftminderung und infolgedessen zur Absatz- und Produktionsstocung führen. 2 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt ergeben ja 3 bis 4 Milliarden Lohnausfall, also Kaufkraftausfall. Das ist der gleiche Betrag, den nach unserer amtlichen Statistik das Gesamteinkommen sämtlicher selbständiger Landwirte ausmachen soll! Kommen wir auf 4 Millionen Arbeitslose, so wird die deutsche Kaufkraft um 6 bis 8 Milliarden Mark herabgedrückt. Dann müssen erst recht Produktion und Handel stocung. Und dann muß die Zahl der Arbeitslosen automatisch immer riesenhafter anschwellen!

Ein Wirtschaftswahnsinn sondergleichen also, diese sinnlose Rationalisierung. Sie hat nur dann einen Sinn, wenn die Arbeitszeit gleichzeitig derartig herabgesetzt wird, daß die Rationalisierung keine Arbeiter und Angestellten mehr brotlos macht. Und selbstverständlich dürfen trotzdem auch die Löhne nicht gesenkt werden. Denn jede Schwächung der Kauf-

kraft der Arbeitnehmers, die ja zwei Drittel des gesamten Volkes bilden, läßt die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Wirtschaft zusammenschrumpfen, erzeugt also die Krise.

Wie muß da erst unser Urteil über den tollhässlichen Versuch der in die Sackgasse geratenen deutschen Kapitalisten ausfallen, durch Lohnabbau die Krise überwinden zu wollen! 10 bis 15 vH Lohnabbau bedeuten ja eine weitere Kaufkraftminderung um 4 bis 6 Milliarden Mark. Wie soll denn die deutsche Wirtschaft dies neue Attentat gegen den inneren Markt aushalten, der doch unendlich viel wichtiger ist wie der äußere Markt. Denn wenn nach den Berechnungen Woytinskys in der Gewerkschafts-Zeitung das deutsche Volkseinkommen 1929 mindestens 90 Milliarden Mark betragen hat, die zum weitest aus größten Teil wieder für Erzeugnisse der Landwirtschaft und Industrie ausgegeben wurden, so sind die 13½ Milliarden Mark Ausfuhr ja höchstens ein Sechstel oder ein Siebtel des deutschen Gesamtumsatzes. Es ist deshalb nicht nur eine Brutalität gegenüber den Arbeitern, die Löhne abzubauen zu wollen in einer Zeit, wo der Lebenshaltungsindex bereits wieder im Steigen begriffen ist, sondern auch wirtschaftlicher Selbstmord, die Nachfrage auf dem inneren Markt in einem Augenblick durch Lohnabbau abzuseln zu wollen, wo die Vorräte ohnehin infolge der Arbeitslosigkeit unverkäuflich sind!

In Amerika bekennen sich die bedeutendsten Unternehmer und die Behörden selbst zu dem Grundsatz, daß während der Krise die Löhne nicht nur nicht abgebaut, sondern möglichst erhöht werden müssen, um die Läger räumen und die Produktion wieder in Vollbetrieb bringen zu können. Wir aber erkennen aus den angeführten Tatsachen, daß die deutschen Unternehmer mit ihrer Rationalisierungswut und ihrer verblendeten Sucht, die Löhne und Gehälter herabzudrücken — nur nicht die Riesengehälter der Direktoren und der leitenden Beamten, die sich gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht haben! —, die Urheber der Krise sind, die Krisenmacher, die nicht das mindeste Recht haben, die Folgen ihrer planlosen Mißwirtschaft auf die Massen abzuwälzen, wie das leider durch die schamlose Steuerabwälzung, durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der anderen Zweige der Sozialversicherung geschehen ist.

Aber es gibt noch andere Krisenmacher in Deutschland. Das sind diejenigen, die deutsches Kapital, das man erst aus der Arbeitsleistung der deutschen Proletarier herausgepreßt hat, ins Ausland verschleppen und dadurch in Deutschland künstliche Kapitalnot, hohen ins hervorgerufen und zugleich dem Reich beträchtliche Steuerbeträge entziehen. Der Enqueteausschuß hat jüngst den Betrag des im Ausland in Handelsunternehmungen angelegten oder sonstwie abgewanderten deutschen Kapitals auf 2 bis 3 Milliarden Mark geschätzt. Diese Schätzung ist viel zu niedrig, denn Prof. Salin-Basel hat den Betrag der deutschen Kapitalflucht in den letzten drei Jahren allein auf 1 bis 2 Milliarden (aber, wie er bemerkte, eher 2 als 1 Milliarde Mark) jährlich geschätzt, und zwar auf Grund von Mitteilungen ausländischer Banken. Deutsche Bankreise sprachen dann auch von 6 bis 8 Milliarden abgewanderten deutschen Kapitals. Diese deutschen Kapitalisten, die wesentlich aus Steuerehens ihre Gelder nach dem Ausland verschoben haben, statt sie in deutschen Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden oder aber in deutschen Aktien anzulegen, sind gleichfalls Krisenmacher der gefährlichsten Art. Und nicht minder ruchlos ist die wüste Agitation der Hugenbergianer und der Nationalsozialisten, die unter völliger Verschweigung der wirklichen Ursachen der deutschen Arbeitslosigkeit und Krise der Reparationsverpflichtung die Schuld zuschieben, demzufolge die skrupelloseste Hetze gegen das Ausland treiben, die deutsche Wirtschaftslage für hoffnungslos erklären und so bewußt und planmäßig eine Panikstimmung erzeugen, die vollends zur Kapitalflucht anstachelt und zur Wirtschaftszerstörung führt!

Diese Krisen- und Panikmacher sind es, die das entsetzliche Arbeitsloseneid verschulden und eine wirtschaftliche und politische Krise heraufbeschwören, die Deutschland reif machen soll für die Hindenburg-Diktatur oder gar die faschistische Diktatur.

Hyänen des Arbeitsmarktes

Bei der gewaltigen Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist nicht nur die fehlende Arbeitslosenversicherung, sondern auch der Mangel an öffentlichen Arbeitsnachweisen von großem Belang. Als die Arbeitslosigkeit anwuchs, sind private Anstalten für Arbeitsvermittlung wie Fitze aus dem Boden geschossen, doch nicht um den Arbeitslosen zur Auffindung von Arbeitsgelegenheiten zu verhelfen, sondern um aus ihrem Elend in verbrecherischer Weise Profit zu schlagen. Diese Vermittlungsanstalten machen vielfach Verträge mit den Unternehmern, die sich verpflichten, die von der Vermittlung gesunden Arbeiter nach ein bis zwei Wochen Beschäftigung zu entlassen. Diese mußten dann für die Vermittlung in einem anderen Betrieb nochmals die Vermittlungsgelöhner bezahlen. Der Gewinn wurde zwischen dem privaten Arbeitsnachweis und den beteiligten Unternehmern zu gleichen Teilen aufgeteilt!

Der erste öffentliche Arbeitsnachweis in der Stadt New York wurde am 15. August eröffnet. Die Eröffnung fand um 9 Uhr früh statt, und wie „Times“ berichtet, stand um 3 Uhr bereits eine große Menge zerlumpter, verhungertes Männer, Frauen und Kinder vor der Tür. Es meldeten sich in wenigen Stunden 2150 Arbeitsuchende, während das Stellenangebot 40 betrug. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit der Arbeitsuchenden betrug 7 bis 9 Monate.

Lohnsenkungspläne im Ruhrbergbau

Der Ruhrbergsverband hat die Lohnsenkung zu Ende September dieses Jahres gekündigt mit der Absicht, eine Senkung der Bergarbeiterlöhne um 10 vH durchzuführen. Diese Senkung der Löhne betrachtet der Ruhrbergbau als Voraussetzung für eine wesentliche beschlossene Ermäßigung der Kohlenpreise. Es besteht also der Plan, ähnlich wie es in der Eisenindustrie geschehen ist, die Lohnfrage mit der Preisfrage zu verknüpfen und eine langst notwendige und möglichen Preisabbau von einer sozial tragbaren und volkswirtschaftlich schädlichen Lohnsenkung abhängig zu machen.

Diese Forderung auf Senkung der Bergarbeiterlöhne erfolgt nach großen Rationalisierungserfolgen der Industrie und nach bedeutenden Leistungssteigerungen der Bergarbeiterschaft, die weit über die im gleichen Zeitraum im Ausland erreichten Erhebungen des Leistungseffektes hinausgehen. Die Leistung je

Adler baut ab

Von Julius Fries

Die Adlerwerke vormals Heinrich Kleyer AG in Frankfurt a. M. bauen ab, die Belegschaft natürlich. Die Werke selbst stehen heute größer und moderner da als je. Es sind nach eigener Angabe der Verwaltung in den letzten vier Jahren für den Ausbau der Fabrikanlagen, des Maschinenparks usw. rund 18 Millionen RM aufgewendet worden, in Wirklichkeit noch mehr. Hiervon entfallen auf das letzte Jahr allein 4,19 Millionen RM. Der jüngste, Ende Juli veröffentlichte Geschäftsbericht verrät weiter eine ganz erhebliche Umsatzsteigerung. Die Gesellschaft, die früher ihr Geschäftsjahr zu dem ungewöhnlichen Termin am 31. Oktober schloß, veröffentlicht mit ihrem jetzigen Bericht eine Bilanz für die Zeit vom 1. November 1928 bis 31. Oktober 1929 und eine Zusatzbilanz für die Zeit vom 1. November 1929 bis 31. Dezember 1929.

In der ganzen Berichtszeit haben die Adlerwerke einen Umsatz von 80 Millionen RM erzielt, davon entfallen auf die 12 Monate vom 1. November 1928 bis 31. Oktober 1929 genau 71 Millionen RM. In der gleichen Zeit des Vorjahres wurde jedoch erst ein Umsatz von 57 Millionen RM erzielt. Der Jahresbericht verrät weiter, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr der stückmäßige Umsatz um 35 vH, der wertmäßige Umsatz um 25 vH stieg. Wenn wir jetzt aber hören, daß der 57-Millionen-Umsatz des Vorjahres mit 6820 Arbeitern und Angestellten, der 71-Millionen-Umsatz aber mit nur 3770 Werksangehörigen erzielt wurde, dann sehen wir wieder an einem deutlichen Beispiel, wie die Rationalisierung in einem Jahre fast die Hälfte der Belegschaft freigesetzt hat und trotz der verringerten Belegschaft ein beträchtlich erhöhter Umsatz erreicht wurde. Im Geschäftsjahr 1926/27 wurde bei einem Höchststand der Belegschaft von 8250 Köpfen sogar nur ein Umsatz von 47 Millionen RM erreicht.

Zwei Tage nach Veröffentlichung des jüngsten Geschäftsberichts geht die Nachricht durch die Presse, daß die Adlerwerke bei den zuständigen Stellen den Antrag auf Genehmigung zur Entlassung weiterer 500 Arbeiter gestellt haben, gleichzeitig sollen 120 bis 150 Angestellte ihre Kündigung erhalten. Als Grund wird angegeben, daß ein weiteres Anwachsen der Lagerbestände vermieden und die Produktion den verschlechterten Absatzverhältnissen angepaßt werden soll. Gleichzeitig wird in der Handelspresse bekanntgegeben, daß die Werke jetzt nur noch rund 2800 Arbeiter beschäftigen und daß eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, unter entsprechender Lohnkürzung natürlich, eingeführt worden ist. Sollte tatsächlich die Entlassung weiterer 500 Arbeiter genehmigt werden (man nennt das „Ankurbeln“ der Wirtschaft!), dann hätten die Adlerwerke ihre Belegschaft glücklich um zwei Drittel gegenüber dem Stande vor zwei Jahren zurückgeschraubt.

Das Jahr 1928 hatten die Adlerwerke mit einem Verlust von über 2 Millionen RM abgeschlossen. Dieser in der Hauptsache durch die verspätete Umstellung auf die Friedensproduktion entstandene Verlust wurde durch eine Herabsetzung des Grundkapitals von damals 19 271 000 auf 9 635 500 RM beseitigt. Nicht genug mit dem durch die Kapitalherabsetzung erzielten Buchgewinn von 9,6 Millionen, wurde auch noch der Reservefonds von 8,22 Millionen RM aufgelöst und diese Summe von zusammen fast 18 Millionen zu erheblichen Abschreibungen verwandt. Gleichzeitig wurde das Stammkapital durch Neueinzahlung wieder auf 25 Millionen RM erhöht, in der Hauptsache haben damals die beteiligten Banken diesen Betrag vorgestreckt. Betreut werden die Adlerwerke durch die Darmstädter und Nationalbank, deren Geschäftsinhaber, der bekannte Dr. Jakob Goldschmidt, im Aufsichtsrat sitzt.

Die Ausschüttung einer Dividende unterbleibt auch diesmal wieder, wohl weil die Großaktionäre das so wünschen. Für das letzte Vorkriegsjahr konnten noch 17 vH Dividende verteilt werden, für das Geschäftsjahr 1912/13 gab es sogar 25 vH. Die Lohn- und Gehaltsausgaben sollen diesmal rund 13 Millionen RM betragen haben, worin natürlich die Spitzengehälter der Vorstandsmitglieder und Oberbeamten enthalten sind. Die Steuern und Sozialabgaben haben 1,98 Millionen und in den beiden besonders ausgewiesenen Monaten 157 000 RM

betragen. Der Rohgewinn wird nach vorheriger Abbuchung des Hauptteils der Handlungskosten und nach erheblicher Vermehrung der stillen Reserven für das Geschäftsjahr bis Oktober 1929 mit 9,79 Millionen und für die letzten beiden Monate mit 1,32 Millionen RM ausgewiesen. Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält auf der Einnahmeseite jeweils nur diese eine Summe. Vergleichsweise sei jedoch erwähnt, daß der Rohgewinn 1928 nur 6,3 Millionen RM betragen hat. Die Abschreibungen werden nahezu verdoppelt.

In dem Jahre vor Herabsetzung des Aktienkapitals hatte man nur 1,26 Millionen RM offen abgeschrieben bei einem Buchwert der Fabrikanlagen und Liegenschaften von rund 27 Millionen RM. Diesmal aber werden 2,75 Millionen RM einem sogenannten Wertberichtigungskonto zugeführt. Hätte man auf diese hohe Abschreibung verzichtet, so wäre die Ausschüttung einer Dividende von 6 oder gar 7 vH bei gleichem Abschreibungen wie 1928 möglich gewesen.

Geklagt wird im Geschäftsbericht wieder über den Wettbewerb des Auslandes und mit bewegten Worten nach erhöhtem Zollschatz gerufen. Es ist doch wohl eine völlige Verkennung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, in hohem Zollschatz das Allheilmittel zu sehen. Unsere „Wirtschaftsführer“ leben im Geiste immer noch in den unseligen Inflationsjahren, wo man den Aktionären ungeheure „Kurssteigerungen“ vorgaukelte, wo Adler Dividenden bis zu 130 vH verteilte, wo man aber versäumte, die Werke wettbewerbsfähig zu halten und dadurch das Eindringen der amerikanischen Automobilindustrie auf den deutschen Markt ungewollt förderte.

Über den Umsatz in Schreibmaschinen und Fahrrädern, der zusammen etwa 10 vH des Gesamtumsatzes umfaßt, werden genauere Angaben nicht gemacht. Wir erfahren nur, daß der Absatz in Schreibmaschinen sich weiter befriedigend entwickelt. Das Fahrradgeschäft habe, wie schon im vorjährigen Bericht erwähnt, durch das Vordringen des Motorrades an Bedeutung verloren. Vor zwei Jahren wurde die Schuld an dem Rückgang des Fahrradgeschäfts dem — schlechten Sommerwetter zugeschrieben. Diesmal hat man noch einen neuen Grund entdeckt, der nicht von der Hand zu weisen ist. Es werden weniger Fahrräder gekauft, weil sich im Stadtverkehr erhöhte technische Schwierigkeiten für Radfahrer ergeben.

Die Verwaltung erklärt in ihrem Jahresbericht weiter, daß die Rationalisierung als beendet anzusehen sei. Die Anlagen entsprechen nach dem Urteil in- und ausländischer Sachverständigen dem höchsten Stand neuerzeitlicher Betriebstechnik. Jetzt will man erhöhte Aufmerksamkeit der Verbilligung der Transportwege zuwenden. Aufwendungen für den Ausbau der Fabrikanlagen seien in absehbarer Zeit nicht mehr erforderlich. Mit den Wanderer-Werken (Chemnitz) ist für das Schreibmaschinen-Geschäft eine engere Zusammenarbeit eingeleitet, die einstweilen hauptsächlich im Austausch der gegenseitigen Erfahrungen besteht.

Wenn man bedenkt, daß die Adlerwerke 1928 nicht weniger als 14,2 Millionen RM Bankschulden hatten, heute aber nur 627 000 RM, daß weiter die Vorräte überaus vorsichtig bewertet sind und mit insgesamt rund 11 Millionen RM gegen 22,6 Millionen im Jahre 1928 zu Buche stehen, so muß man sagen, daß die Adlerwerke für einen Zusammenschluß in der Automobilindustrie, von dem man seit Jahr und Tag orakelt, gut gerüstet dastehen. Es ist sehr wohl möglich, daß in absehbarer Zeit eine Verständigung zwischen der Deutschen Bank, die besonders die Daimler-Benz-Werke betreut, und der Darmstädter und Nationalbank zustande kommt, die ein großes Aktienpaket der Adlerwerke in Händen hat. Im laufenden Jahre ist der Umsatz bei Adler weiter gestiegen, und zwar sind im ersten Halbjahr 1930 trotz der schwierigen allgemeinen Wirtschaftslage stückmäßig 25 vH Automobile mehr abgesetzt worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der zur selben Stunde, wo man dies der Öffentlichkeit bekanntgibt, weiter Hunderte von Arbeitern aufs Pflaster geworfen werden, ist empörend.

Mann und Schicht liegt gegenwärtig im Ruhrbergbau 41 vH über der Vorkriegszeit, allein seit 1927 hat sich das Ausbringen je Mann und Schicht um 17½ vH erhöht, eine Steigerung, die beträchtlich über die erfolgten bescheidenen Lohnaufbesserungen hinausgeht.

Durch diese Leistungssteigerungen der Bergarbeiterschaft im Verein mit Ersparnissen bei dem Gehalts- und Sozialaufwand durch Verringerung der kaufmännischen und technischen Belegschaft und infolge Verminderung der Arbeitgeberknappschaffsbeiträge durch Reichszuschüsse haben sich die Arbeitskosten je Tonne Kohle unanfechtlich gesenkt. Sie betragen gegenwärtig wohl höchstens 9,60 RM je Tonne Nutzförderung gegenüber 10,41 RM im Jahresdurchschnitt 1927, haben sich also um 8 vH, gegenüber dem Stande von 1927 (10,15 RM je Tonne) um mehr als 5 vH, verringert.

Angesichts dieser Entwicklung müßte sich jede Erörterung über Lohnsenkung von selbst verbieten. Es kommt aber noch hinzu, daß die Bergarbeiterschaft unter der Absatzkrise selbst außerordentlich schwer leidet. Mehr als 50 000 Bergarbeiter sind an der Ruhr völlig arbeitslos. Mehr als fünf Millionen Feuerschichten sind im ersten Halbjahr 1930 eingelegt worden. Das Arbeitseinkommen der großen Mehrheit der Bergarbeiter betrug in den letzten Monaten bei nur etwa 20 Schichten nach Abzug der Sozialbeiträge wohl höchstens 160 RM den Monat. Ein Vertreter des Bergbaus, unter dem Pseudonym „Garbo“, gibt im „Deutschen Volkswirt“ erschreckend hohe Krankheitsziffern an und gibt selber zu, daß eine Senkung der Löhne nach der bereits eingetretenen starken Verringerung des Arbeitsverdienstes die Gesundheit der Bergleute aufs schwerste gefährdet. Wenn die Zechenherren bei dieser elenden Lage der Bergarbeiterschaft trotzdem eine zehnprozentige Senkung der Tariflöhne betreiben, so zeigt sich damit die ganze Rücksichtslosigkeit und Brutalität der sozialen Reaktion.

Die Bestrebungen der Unternehmer, die Tariflöhne empfindlich zu senken und ähnlich wie beim Eisen die Preis- mit der Lohnfrage zu verschmelzen, müssen aufs entschiedenste zurückgewiesen werden, und es wäre unverantwortlich, wenn der Reichsarbeitsminister den Zechenherren hierzu die Hand

reichen würde, wie er es beim Oeynhausener Schiedsspruch gegenüber der Schwerindustrie getan hat. Die Frage des Kohlenpreises muß völlig unabhängig von den Löhnen betrachtet werden. In Anbetracht der in der ganzen Welt eingetretenen Senkung der Kohlenpreise, in Anbetracht ferner der großen Rationalisierungserfolge, der wesentlichen Verbilligung der Materialpreise für Grubenholz usw. und der Reserven des Ruhrbergbaues, die er in drei aufeinanderfolgenden guten Kohlenkonjunkturjahren ansammeln konnte, scheint die volkswirtschaftlich äußerst wünschenswerte und dringliche Senkung der Steinkohlenpreise auch durchführbar.

Klassenpolitik in den Kurorten

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat bereits früher die Vorschrift erlassen, daß in den Kurorten der Krim in den Sanatorien mindestens 50 vH aller Betten für Arbeiter aus den Werkstätten und Fabriken zu reservieren sind. Ueber „Abirrungen“ von dieser vorgeschriebenen Linie berichtet Komsomolskaja Prawda (vom 4. August) folgendes:

„Was sowohl nach der bestimmten Vorschrift des Zentralkomitees wie auch nach Klassenrecht unbestreitbar ist, wird dennoch durch die Praktiken der hier in Frage kommenden Stellen des Gesundheitskomitees in unerhörter Weise verdreht, wobei auch die Gewerkschaften und Parteiorganisationen der Krim mitschuldig sind. Ihrer sozialen Herkunft nach verteilen sich die Patienten der Sanatorien im Juli folgendermaßen: 29,1 vH Arbeiter, 7,9 vH Bauern, 50,7 vH Angestellte und 12,3 vH Ingenieure, Techniker usw. Das was wir da in der Krim sehen, beweist deutlich das Fehlen jedes Klassenempfindens bei den Stellen des Gesundheitskomitees.“

Es wird dann weiter Protest erhoben dagegen, das allerlei Buchhalter usw. die Plätze der Arbeiter und Bauern in den Sanatorien einnehmen und es wird gefordert, daß sofort eine von der Sowjetregierung zu ernennende Kommission sämtliche Sanatorien der Krim eingehend revidieren soll.



Technik und Werkstatt



Der automatische Pilot für Flugzeuge

Von Ernst Trebesius

Die Verrichtung mannigfaltiger mechanischer Arbeiten durch sinnvoll erdachte Automaten erscheint uns heute schon als eine so glatte Selbstverständlichkeit, daß wir höchstens noch bei dieser oder jener Gelegenheit verwundert fragen, warum eine zur mechanischen Erledigung besonders geeignet erscheinende Arbeit nicht ebenfalls durch einen Automaten ausgeführt wird. Daß jedoch ein Teil der verantwortungsvollen und anstrengenden Tätigkeit eines Flugzeugführers jemals von einem Automaten in so zuverlässiger Weise übernommen werden könnte, daß der Pilot die Steuerung seiner Maschine gestrost seinem mechanischen Kollegen überlassen und sich zum Essen oder zu einem kurzen Ausspannen vom Führersitz zurückziehen darf, hätte wohl auch der gläubigste Verehrer der automatischen Technik nicht zu hoffen gewagt. Dabei läßt sich der automatische Pilot leicht am Instrumentenbrett der Flugzeuge anbringen, und betätigt von hier aus Höhensteuer, Verwindung und Seitensteuer, damit den Flugzeugführer von jeglicher Nervenbeanspruchung und körperlichen Arbeit während des Fluges befreiend. Unabhängig von der Wetterlage steuert der automatische Pilot das Flugzeug in ruhigem Flug durch Wolken und Nebel. Erhöhte Flugsicherheit und besserer Nutzeffekt des Flugzeuges während der Luftfahrt sind die Vorteile dieser sinnreichen Erfindung, die die Kräfte des Flugzeugführers schont, sodaß er sie bei seinen sonstigen Obliegenheiten, die nicht wie die Erhaltung der Fluglage mechanisiert werden können, voll einsetzen kann.

Dies gilt vor allem beim Flug ohne Horizont, das heißt wenn der Flieger durch Nebel oder Wolken fliegt, die ihm die Erdsicht verwehren. Der Pilot ist dann lediglich auf seine Instrumente angewiesen, nach deren Zeigern er sein Flugzeug steuert. Dieses in besonderen Lehrgängen geübte **Blindfliegen** ist freilich auf die Dauer so anstrengend, daß der Flieger es meist vorzieht, Wolken- und Nebelgebiete zu umfliegen. Verschiedene Unfälle wurden im letzten Jahre dadurch herbeigeführt, daß die in Nebel geratenen Piloten den Versuch machten, unter den Nebelbänken entlang zu fliegen, wobei sie dem Erdboden zu nahe kamen und auf Hindernisse stießen. Mit dem automatischen Piloten an Bord kann der Flieger getrost durch dichtesten Nebel fliegen, da dieser keiner Erdsicht bedarf, um das Flugzeug sicher durch derartige Hindernisse zu steuern.

Bereits im Sommer 1927 konnte der Erfinder der selbsttätigen Flugzeugsteuerung, Kapitän Boykow, sein Gerät der Öffentlichkeit zum ersten Male vorführen. Inzwischen ist die Erfindung in zwei deutschen Flugzeugen erprobt worden. Sie arbeitete bisher so zuverlässig, daß der Pilot nach Einstellung des Gerätes ruhig aufstehen, den Führerraum verlassen und sich mit den Fluggästen unterhalten konnte. Die selbsttätige Steuerung besteht aus Gebeapparaten und Steuerapparaten. Die Gebeapparate sind Kreiselgeräte, die die Bewegungen

des Flugzeuges um die drei Raumachsen anzeigen. Es sind somit drei Kreiselgeräte erforderlich, von denen jedes das mit ihm verbundene Steuer mittels eines Elektromotors in Tätigkeit setzt. Die Kreiselgeräte sind auf dem sogenannten Trägheitsrahmen angeordnet. Stellt dieser gewissermaßen das Gehirn des automatischen Piloten dar, so sind die Motorkuppelungen die Hände, die die einzelnen Steuer betätigen. Die Kreisel laufen mit 20 000 Umdrehungen in der Minute; die Motoren machen etwa 2500 Umdrehungen minutlich. Die Motoren treiben auf dem Umweg über ein Untersetzungsgetriebe von 1000:1 die betreffenden Steuermechanismen an. Mit Hilfe einer Wirbelstrombremse können die Motoren außerdem auf etwa 200 Umdrehungen gedrosselt werden. Der Flugzeugführer kann deshalb die Geschwindigkeit der Steueranschläge je nach der Wetterlage in weitgehendem Maße einstellen. Der Drehstrom für die Kreisel und die Motoren wird durch einen Spezialgenerator erzeugt, der durch einen Regelpropeller angetrieben wird. Den Erregerstrom für den Generator und den Gleichstrom für die Magnetkuppelungen und Wirbelstrombremsen liefert eine im Flugzeug eingebaute 24-Volt-Akkumulatorenbatterie.

Die Inbetriebnahme und das Abstellen der Anlage geschieht in folgender Weise: Gleich nach dem Start schaltet der Flugzeugführer mit einem Drehschalter den Erregerstrom ein. Die Kreisel haben bereits nach 30 Sekunden ihre volle Tourenzahl erreicht und damit ist die Anlage steuerbereit. Wenn der Flugzeugführer durch einen zweiten Schalter auf seinem Steuerknüppel den Gleichstrom für die Steueranlage schließt, kann er das Steuer loslassen. Sieht er, daß der Steuerknüppel sofort selbsttätig arbeitet, dann befindet sich die Anlage in Ordnung. Während sein mechanischer Kollege für die Stabilisierung des Flugzeuges um alle drei Achsen sorgt, kann sich der Flugzeugführer der Navigation und anderen Arbeiten widmen, ohne seine Aufmerksamkeit zwischen diesen Obliegenheiten und der Steuerung teilen zu müssen. Will er, etwa bei Begegnung mit anderen Flugzeugen, eingreifen, so kann er jederzeit das Steuer unter Überwindung der Steuermaschine legen oder, wenn die Zeit es erlaubt, den Gleichstrom für die Magnete unterbrechen und damit die Kuppelung abschalten. Soll der automatische Pilot gänzlich ausgeschaltet werden, dann braucht nur der Hauptschalter auf „Aus“ gestellt zu werden, womit die Kreisel ebenfalls zum Stillstand kommen.

Da der automatische Pilot ein aus ziemlich vielen Einzelteilen zusammengesetztes Gebilde der Feinmechanik darstellt, so ist natürlich auch sein Preis ein ziemlich hoher. Und dieser Umstand dürfte die im Interesse der Sicherheit des Flugzeugverkehrs erwünschte schnelle und umfassende Einführung der selbsttätigen Flugzeugsteuerung in Deutschland sehr erschweren.

sie ist die Grundlage der Fernbildtechnik, auch kann man sie als elektrisches Auge zum Sortieren von Gegenständen verschiedener Färbung (z. B. Zigarren) oder zum Zählen von Besuchern bei Ausstellungen usw. verwenden. Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Anwendungen (Feueralarm, Diebsalarm usw.), die hier aber nicht behandelt werden können.

Die Hauptsache ist: wir haben in der Lichtzelle eine Maschine, die das Licht ohne jeden Umweg in elektrischen Strom verwandelt. Der zweite Schritt ist nun, die Anodenbatterie wegzuschaffen und der dritte die Verbesserung des Wirkungsgrades. Beides ist in letzter Zeit gelungen.

Die neue Lichtquelle, die das leistet, kommt außerdem auch ohne den unbequemen luftleeren Raum aus; sie braucht kein Glasgefäß mehr und wird dadurch technisch einfacher und widerstandsfähiger. Ihren Aufbau zeigt Bild 2. Dort ist K_1 ein dünnes Kupferblech und K_2 ein zweites stärkeres. Zwischen beiden liegt eine Schicht O von Kupferoxydul, einer Verbindung aus Kupfer und Sauerstoff. Das ganze ist im Grunde genommen nichts anderes, als der bekannte Trockengleichrichter, der in der Rundfunktechnik vielfach verwendet wird. Wenn nun Lichtstrahlen auf das obere Blech K_1 fallen, dann bewegen sich die Elektronen. Sie gehen aber jetzt nicht mehr durch den leeren Raum, sondern bleiben im Stoff. Ihr Weg führt durch die Oxydschicht O zum zweiten Blech K_2 . Verbindet man die beiden Bleche miteinander, so fließt bei Belichtung ein Strom, den man z. B. mit dem Galvanometer G messen kann. Dieser Strom ist um ein Vielfaches stärker, als der Strom bei der Alkalizelle mit dem luftleeren Raum. Die neue Zelle hat also einen bedeutend größeren Wirkungsgrad.

Nun ist man noch einen Schritt weitergegangen. Die eben genannte Zelle, die in Berlin-Dahlem entdeckt wurde, wird Vorderwandzelle genannt, weil das Licht ihre Vorderwand F_1 wirkt. Wenn man nun statt des Kupferblechs K_1 einen durchsichtigen Metallbelag anwendet, dann kann das Licht auf die Fläche F_2 , d. h. auf die Hinterwand wirken. Man macht das so: auf die Kupferoxydschicht O wird ein feiner durchsichtiger Gold- oder Silberbelag aufgestäubt. Diese Hinterwandzelle, erfunden im Siemens-Laboratorium, hat einen etwa zehnfach so großen Wirkungsgrad als die Vorderwandzelle, einfach, weil das Licht unmittelbar auf die Grenzfläche zwischen Metall und Oxydschicht wirken kann.

Und was ist nun erreicht? Das zur Zeit technisch Bedeutsame bleibt immer noch die vielseitige Verwendbarkeit der Zelle, auf die schon hingewiesen wurde. Es ist andererseits aber auch zur Tatsache geworden, daß man das Licht weit wirksamer in Kraft umsetzen kann, als bisher — wenn auch immer noch nicht so, daß sich eine technische Energiequelle daraus machen ließe. Es besteht aber kein Grund für die Annahme, daß der Erfolg ausbleiben müßte. Noch ein solcher Schritt (und warum sollte er nicht kommen?), dann sind wir soweit, daß wir der Sonne unmittelbar die Kraft entnehmen können; und dann haben wir allerdings eine Energiequelle, an deren Erschöpfung nicht zu denken ist. Nur ist es noch nicht ganz soweit; und wenn es einmal gelingt, so braucht darum noch kein goldenes Zeitalter anzubrechen. Der Energiehunger der Technik ist sehr groß, und eine Kraftquelle mehr wird ihn nur noch weiter anschwellen lassen.

Licht und Kraft

Von Dipl.-Ing. Dr. H. Schütze, Stuttgart

Das Sonnenlicht ist die Quelle aller Kräfte, die die Technik verwendet. Alle Kraftstoffe, von der Kohle bis zum Holz, bergen Energie, die die Sonne in Jahren oder Jahrtausenden in ihnen aufgespeichert hat; und auch die Wasserkraft wäre nicht denkbar, wenn nicht die Sonne für den Kreislauf des Wassers sorgte. So muß also im Licht ein ungeheurer Vorrat vor Energie stecken, den wir aber erst aus „zweiter Hand“ beziehen. Alle Bemühungen der Technik, das Licht selber als Kraftquelle auszunutzen, sind bisher praktisch gescheitert.

Am ehesten gelang es noch mit der Wärmewirkung der Lichtstrahlen. Man dachte daran, in stark besonnten Wüstengebieten große Sammelanlagen aufzustellen und die Wärme der Strahlen für den Betrieb von Dampfkesseln zu verwenden. Aber es gelang auch nur mäßig; die Anlagen werden viel zu groß und zu teuer, und wo viel Sonne ist, da ist meistens zu wenig Wasser für den Dampfbetrieb. Und schließlich ist es auch wieder ein

schwieriger elektrischer Lichtwirkung, den sogenannten Photoeffekt. Aus ihm entstand die lichtelektrische Zelle, die uns einen großen Schritt in der Fernbildtechnik vorangebracht hat.

Vordem verwendete man ein chemisches Element, das Selen, als „elektrisches Auge“. Das Selen liefert aber gar keinen elektrischen Strom, sondern es verändert nur den Strom, den eine Batterie hergibt. Es ist also keine Elektrizitätsquelle und kann daher auch niemals zur Umwandlung von Licht in Kraft dienen. Anders ist es mit der lichtelektrischen Zelle, die Bild 1 zeigt. Sie besteht aus einem Glasgefäß G, das luftleer gepumpt ist. Ein Teil der Innenwand ist mit Metall M belegt, wozu man am besten ein Alkalimetall (Kalium oder Natrium) verwendet. Dieser Metallbelag läßt sich nach neuem Verfahren sogar schon auf elektrischem Wege durch das Glas hindurch anbringen. Man taucht das geschlossene Glasgefäß nur in die heiße Lösung eines Natriumsalzes und schiebt, wie beim Galvanisieren, einen elektrischen Strom hindurch. Da nun das Glas selber stets Natrium enthält, so findet jetzt eine elektrolytische Wending der Natriumteilchen statt. Sie gehen durch das Glas hindurch und erscheinen auf der Innenwand als Metallbelag.

Gegenüber dem Metallbelag M befindet sich ein Blech A, das — genau wie in Radioröhren — als Anode dient. Wenn nun ein Lichtstrahl auf den Metallbelag M fällt, dann bringt er die Elektronen in Aufregung, die sich in jedem Metall befinden. Ein Teil der Elektronen wird aus dem Metall herausgerissen und strömt durch den luftleeren Raum zur Anode. Dadurch entsteht ein elektrischer Strom, der an den Drähten (1 und 2) abgenommen werden kann. Die Zelle verhält sich also gerade wie ein galvanisches Element: sie liefert elektrischen Strom an zwei Klemmen; nur muß sie von Lichtstrahlen getroffen werden, während sich im galvanischen Element chemische Vorgänge abspielen.

Allerdings ist das nur ein ganz kleiner Schritt auf dem Wege zur Umwandlung von Licht in Kraft; denn die Zelle hat zwei Eigenschaften, die sie als Kraftquelle ungenügend machen: erstens braucht man eine Anodenbatterie, d. h. eine zweite Elektrizitätsquelle; und zweitens sind die Ströme so schwach, daß man sie mit Verstärkeröhren sehr wesentlich verstärken muß, um überhaupt etwas damit anzufangen. Trotz alledem ist die Lichtquelle technisch von sehr großem Werte, denn

Die Bedeutung der Cellulose-Lacke

Auf dem Gebiet der Farbenanstriche und Lacke hat die Einführung der Nitrozelluloselacke geradezu umwälzend gewirkt; wohl die wenigsten machen sich einen Begriff davon, in welchem großen Umfange diese letzteren heute zur Kalt-Emaillierung von Metallteilen und insbesondere der Karosserien der Autos verwendet werden. Unter einer streichfähigen Farbe versteht man eine innige Vermischung eines trocknenden Oeles mit einem Farbkörper. In Berührung mit der Luft nimmt das Oel langsam Sauerstoff auf und trocknet und verharzt. Durch Anwendung von Wärme läßt sich dieser Oxydationsvorgang abkürzen, und in der Industrie werden auch vielfach Trocknen benutzt, jedoch ist die erforderliche Zeit immer noch verhältnismäßig lang, ganz abgesehen von den dadurch entstehenden Kosten. Es wurde nun gefunden, daß die Nitrozelluloselacke den Geifarbenanstrichen weit überlegen sind. Man erhält Nitrozellulose, indem man Zellulose (Papier oder Baumwolle) mit einem Gemisch von Salpetersäure und Schwefelsäure behandelt; es entsteht dann der gleiche Stoff, der auch zur Herstellung des rauchlosen Pulvers, des Zelluloids und der künstlichen Seide, dient. Löst man solche Nitrozellulose in geeigneten Lösungsmitteln, von denen man eine ganze Reihe kennt, auf, so erhält man Zelluloselacke, die sich durch sehr schnelles Trocknen auszeichnen und sowohl mit dem Pinsel als auch mit der Spritzpistole aufzutragen sind; freilich ist die Anstrichtechnik eine andere als die bei der Anwendung gewöhnlicher Farben.

Soll z. B. die Karosserie emailliert werden, so ist zuerst eine gut haftende Grundierung aufzubringen, denn die Bleche zeigen alle eine Unzahl von Unebenheiten; darauf kommt eine Schicht Mastix oder Schleiflack, der mit feinstem Schmirgelpapier überstrichen wird. Erst wenn die Flächen vollkommen glatt sind, wird der Zelluloselack aufgetragen; oft läßt man mehrere solcher Anstriche hintereinander folgen, da bereits nach einer halben Stunde die erste Lackschicht trocken ist. Die Einführung dieser Zelluloselacke hat die Lackierung der Autos am laufenden Band erst ermöglicht. Heute kann ein Wagen bereits 48 Stunden, nachdem er in die Lackierwerkstatt gegeben wurde, zur Ablieferung gelangen. Nitrozelluloselacke zeigen sehr schönen Hochglanz und besitzen außerdem den Vorzug, daß Ausbesserungen sehr schnell auszuführen sind, falls einmal ein Unfall sich ereignet.

Taubstumme hören Rundfunk

In dem Schweizer Orte Bouvère hörten kürzlich 40 Taubstumme in der dortigen Taubstummenanstalt zum ersten Male in ihrem Leben ein Konzert, als dort eine Rundfunkanlage in Gebrauch genommen wurde, an die eine Anzahl besonders eingerichteter Kophörer angeschlossen ist. Auf Grund dieses bedeutungsvollen Erfolges will man künftig mit Hilfe dieser Empfangsanlage taubstummen Kindern das Sprechen beibringen. Ein Verstärker in den Kophörern macht die in das Mikrophon gesprochenen Worte des Lehrers den Kindern hörbar.

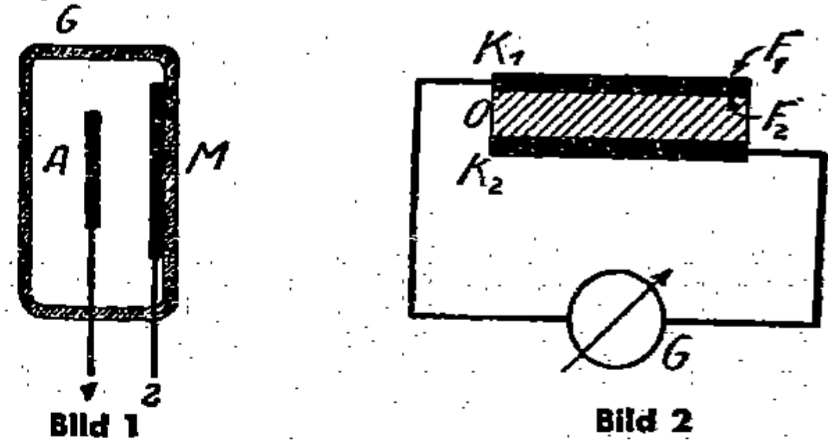


Bild 1

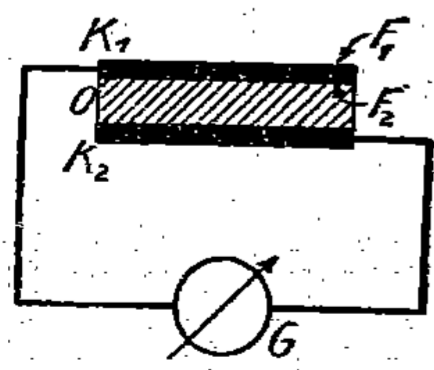


Bild 2

Umweg: man verwendet nicht das Licht selber, sondern nur seine Wärmewirkung, die man umständlich in Dampfspannung, dann in Maschinendrehung und endlich erst in elektrischen Strom umsetzt.

Das Ideal bleibt die unmittelbare Umwandlung des Lichts in elektrischen Strom. Daß die Technik jetzt auf dem Weg dahin ist, soll nun gezeigt werden. Man weiß schon seit 1839, daß das Licht selber elektrische Wirkungen ausüben kann. Wenn man zwei Bleche in eine flüssige Flüssigkeit taucht und eins der Bleche belichtet, dann entsteht ein elektrischer Strom. Allerdings ist dieser Strom außerordentlich schwach, und etwas Praktisches hat man damit nicht anfangen können. Erst viel später, nämlich 1887, fand Hallwachs eine viel wirk-



Familie und Heim



Was wir haben könnten

Von Hildegard Kowalkowsky

Alle Errungenschaften der Technik haben nur erst recht wenig dazu beigetragen, den Geist freizumachen. Die Profitsucht hat sich aller Fortschritte bemächtigt und sie sich untertan gemacht. Was uns freimachen sollte, das hat uns noch mehr in Knechtschaft geschlagen. Was wir beherrschen sollten, das beherrscht vielmehr uns. Was uns dienen sollte, das zwingt uns zum Dienen. Wir liegen angekettet an der Macht des Kapitals. Den Schaffenden wird kein gerechter Anteil am Erarbeiteten zugestanden, sondern nur ein geringer Bruchteil, damit sie nur ihr nacktes Leben so eben fristen können. An die „Wunder der Technik“ sind Preise geheftet, die sie nicht erschwingen können. Sie haben selbst vielleicht daran mitgearbeitet, sie wissen ganz genau, wie gering im Grunde genommen die tatsächlichen Kosten sind — es sind für sie dennoch unerreichbare Kostbarkeiten, denn der Unternehmer gibt die Dinge nur zu einem Preise her, der festgesetzt worden ist von allen denen, die an diesen und ähnlichen Gegenständen gehörig verdienen wollen, zum Beispiel an Staubsaugern, an elektrischen Heizkörpern, an Beleuchtungskörpern usw. Der Zwischenhändler verlangt dann auch noch sein Teil, das er auch nach Übereinkunft mit seinen Berufsgenossen dem Preise zuschlägt. Alle wollen daran verdienen; möglichst mühselos, möglichst viel. Die aber, die an der eigentlichen Herstellung beteiligt sind, die dürfen nur gerade so ihr Leben fristen. Oder die neue Erfindung macht sie vielleicht ganz brotlos, und sie fliegen unbarmherzig auf die Straße; denn an dem größeren Gewinn des Kapitalisten dürfen sie nicht teilhaben. Die Wirtschaft „stößt sie ab“.

Und noch ein Schlimmes kommt hinzu: Nicht allein, daß die „Wirtschaft“ der Allgemeinheit unendliche Werte aus purer Gewinnsucht vorenthält, es werden Kräfte — schwandend — und massenhaft Material, das zur Herstellung von Mordwaffen dient. Überall rüsten die Völker! Die Völker? Ach nein, die wollen Frieden. Nur wenige sind es, die für die „Anfrüstung“ sich einsetzen, nämlich die, die daran dienen. Es gehen ungeheure Mengen von echten Werten verloren, und statt ihrer werden Scheinwerte geschaffen, deren tatsächlicher Zweck kein anderer ist, als der, einmal zerstört zu werden. Und Millionen von Menschen sitzen ohne eigenes Heim, aber wir haben in allen Ländern Bausteine genug, um Kasernen zu bauen und Festungen zum Schutze vor irgend einem Feind! Tödliche Gase werden in Massen hergestellt, obwohl nur kleine Mengen genügen zur Schädigungskämpfung. Das, was der leidenden Menschheit Segen bringen könnte, das segensreiche Radium zum Beispiel, das wird von gewissenlosen Besitzern zurückgehalten, damit sein Preis die phantastische Höhe behält. Tausenden von Krebskranken könnte mit dieser Erfindung geholfen werden, denn nur ganz geringe Mengen sind zur Hilfeleistung erforderlich — aber nur wenige Ärzte können es sich zugänglich machen. Was bedeutet für Kapitalisten das Wohl der Menschheit? Sie müßten sich ja geradezu selber untreu werden, wenn sie anders handelten.

Es ist schon so: Was Menschengestalt erschafft und erschafft hat, das kommt nur wenigen zunutze, und alle Schönheiten der Natur haben die Besitzer dicker Aktien für sich in Erbpacht genommen. Hungerbrocken werfen sie den wirklichen Arbeitern vor und sie selber leben im Überfluß.

Wollen wir nicht einmal darüber nachdenken, warum das nicht auch für uns, für uns Proletarier, die

Schätze der Erde da sein sollten? Warum denn nicht auch wir teilhaben sollen an den Erleichterungen, die die Maschine dem Menschen bringen kann? Warum denn nicht auch unser Geist frei werden soll von der Sorge um das nackte Leben!

Warum sollst nicht auch du Proletarierfrau in schönen Kleidern einhergehen können? Warum mußt du noch so viel unwürdige Arbeit tun, unwürdig darum, weil sie längst nicht mehr nötig wäre und dich herabdrückt in ein Sklavendasein? Warum bist du noch die dreifach Belastete durch Erwerbsarbeit und Hausarbeit neben der Arbeit an deinen Kindern, die dabei allemal zu kurz kommen? Warum wohnst du noch in Löchern, in die kein Gutsbesitzer seinen Hund tun würde, weil er weiß, daß der ihm da verkommen würde? Warum mußt du noch jammern über das Kind, das dir in deinem Schoße wächst als unerwünschter Segen? Warum muß dein Mann den stumpfsinnigen Gang zum Stempelamt Tag für Tag laufen und du für halben Lohn die vielfache Last auf deine Schultern laden? Warum sind für dich die Schätze der Kunst verborgen und unerreichbar? Was weißt du von der Musik weiter, als daß man sie auf Schallplatten abliefern kann? Was weißt du von schönen Bildern und Büchern? Was weißt du von den Völkern um uns her? Du kommst ja gar nicht dazu, wenn du es auch tausendmal möchtest. Es fehlt dir die Zeit, es fehlt dir die Kraft und — das Geld. Und jede Erleichterung wird dir verwehrt — verwehrt von wem? Sind es nicht eben die Besitzer all der technischen Errungenschaften, die diese Dinge nicht nur nicht herausgeben, sondern sie sogar noch als Waffen benutzen, um das Proletariat niederzuhalten, damit es ihm selber nicht im Wege stehe?

Warum leidest du das? Weil ich so schwach bin, wirst du antworten. Und die Antwort gilt: Du bist schwach und jeder einzelne von uns ist es, wenn er allein steht. Warum treten wir dann nicht alle zusammen und reichen uns die Hand gegen diesen unsern Feind, den Kapitalismus? Warum stehst du Proletarierfrau noch abseits und läßt es geschehen, daß dieser unser Feind immer mächtiger wird? Ein großer Teil der Männer steht längst tapfer im Kampf um ihre Freiheit. Ein anderer Teil wie die Mehrzahl der Frauen steht noch tatenlos, gleichgültig beiseite. Niemand freut sich darüber mehr als der Kapitalist. Und er drückt sogar den Nationalsozialisten Geld in die Hand, damit die von der andern Seite her die Arbeiterschaft verwirren und hemmen. Sie finden ihre Nachläufer unter denen, die nicht richtig nachdenken. Mit Phrasen ist noch niemals etwas erreicht worden. Nur nüchterne, zielbewußte, praktische Arbeit zum Nutzen der Arbeitenden kann von wirklichem Erfolg gekrönt sein. Und welchen Erfolg wollen wir? Nicht die Wahrnehmung der Belange einzelner Berufsgruppen, nicht nur das allgemeine Wohl eines einzelnen Volkes: Wir wollen das Wohl der gesamten Menschheit.

Arbeiterfrauen! Am 14. September ist Wahltag. Es kommt auf jede einzelne Stimme an. Und wir müssen eine sozialdemokratische Mehrheit erringen, damit im Innern unseres Landes wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und wir auf die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens entscheidenden Einfluß bekommen und er denen entzogen werde, die jetzt das Heft so sicher in den Händen zu halten glauben. Wir müssen diese Wahl als eine Möglichkeit ansehen zum Weiterbau des Sozialismus, zum Abbruch des Kapitalismus.

Kinder spielen

Das Spiel der Kinder ist eine Nachahmung der Erwachsenen und eine Auseinandersetzung mit der Welt der Erwachsenen. Manche Menschen täte es gut, wenn er sich einmal in dem Spiegel betrachtete, den ihm unbewußt das Kinderspiel vorhält.

So ganz zaghaft und aus der Ferne kommen die Erinnerungen, daß wir selbst als Kinder gern „Mutter und Kinder“ gespielt haben, daß in diesem Spiel jeder gern die „Mutter“ sein wollte, und nur wenige waren gern die „Kinder“. Halb man und halb von dem Kinde, das die Herrschaft in diesem Kinderspiel an sich riß, gezwungen, nahm man die zu spielende Kinderrolle auf sich — denn gar nicht mitzuspielen wäre noch härter gewesen. Mutter sein bedeutete groß und überlegen sein, bedeutete „mehr zu sagen“ zu haben, bedeutete, einmal im Spiel sich nicht unterordnen zu müssen und genau so anerkannt und erwachsen zu sein wie die großen Leute.

Manche Kinderspiele haben sich seit undenklichen Zeiten nicht verändert. In jedem Jahre kommen sie um dieselbe Zeit wieder und niemand weiß, wer diese Gesetzmäßigkeit in das Spiel der Kinder hineinträgt. Einmal steigen die Winddrachen, dann drehen sich die Kreisel, auf einmal wird „gepöpst“, und eine wahre Jagd beginnt um die großen bunten Bohnen. Die Spiele, die Jungen und Mädchen getrennt spielen, wiederholen sich ebenfalls mit derselben Regelmäßigkeit. Einzig „Mutter und Kinder“ machen eine Ausnahme: sie werden zu jeder Zeit gespielt. So war es früher, so ist es heute. Und leider ist es auch heute noch immer so, daß jedes einzelne Kind gern die Mutter und keines gern das „Kind“ sein möchte. „Mutter und Kinder“ ist immer zweiseitig, denn die Erdmüsse, die das Kind jeden Tag in der Fantasie hat, treiben es zur Auseinandersetzung mit den Konflikten, die es täglich, ja stündlich in der Familie erleben muß.

Wir wissen alle genau, daß das Leben in der Familie auf die Erwachsenen abgestellt ist und daß sich die Kinder mit der Zeit und dem Raum bewegen müssen, die in dem Erwachsenenleben abspielen. Die Kinder sind da und werden recht und schlecht groß; so, wie es sich gerade in den Verhältnissen der betreffenden Familie ergibt. Von einer Berücksichtigung der kindlichen Eigenarten, von einer bewußten Einstellung auf die Rechte des Kindes kann nur in ganz wenigen Fällen die Rede sein. Die landläufige Meinung ist die, daß die Kinder zu ge-

horchen und sich unterzuordnen haben — tun sie es nicht, so werden sie gestraft, statt daß man sich die Mühe macht, nach den Ursachen des „Ungehorsams“ zu forschen.

Von den konservativen Kreisen und von der Kirche wird die Familienluft als die bezeichnet, in der das Kind am besten gedeihen könne. Ganz recht! Der Haken ist nur der: wo gibt es heute noch die Familie, die wirklich das ist, was man sich unter dem Ideal einer Familie vorstellt und die dem Kinde das geben kann, was es braucht? Der heutige Zustand der Familien ist alles andere als ideal und die Familienbande sind oft die lockersten, die man sich denken kann. Sehr oft übt sich das Kind am einsamsten und unverständlichsten in der Familie. Im Kreise der Kameraden ist es gleichwertig, hier kann es sich ausleben. In der Schule ist es mit Gleichaltrigen zusammen, die dasselbe Bestreben haben. Nur in der Familie weiß man nichts mit ihm anzufangen; da muß es stillsitzen, da muß es artig sein, da darf es einmal den Vater nicht stören, ein andermal nicht die Mutter, dann wieder muß es Rücksicht auf Babys nehmen und so fort. Überall sind Grenzpläne, Verbote, Gebote, Lohn und Strafen aufgerichtet, die miteinander wetteifern, das eigentliche Wesen des Kindes einzuschmüren und zu vernichten. Wenn das Ergebnis dieser Maßnahmen das sogenannte Musterkind ist, dann strahlen die Eltern vor Stolz und sehen nicht, daß sie eine geknickte und gestutzte Menschenseele vor sich haben, der die geringste Eigenart fehlt und der jeder eigene Wille genommen ist.

Wer kennt sie nicht, diese unselbständigen blassen Schatten eines ehemals gesunden Kindes? Der Gegenpol ist das trotzigste Kind. Jeder Vater, jede Mutter versündigt sich an ihrem Kind, wenn sie mit dem bekannten Ausspruch „Dir will ich deinen Trotz schon austreiben“ über das Kind herfallen und ihm das noch nehmen wollen, was ein Protest ihrer Kraft und Individualität gegen die Unterdrückung der Erwachsenen ist. Das trotzigste Kind holt noch diese verworrenen Kräfte in sich, durch deren „Austreiben“ dem Mutterkinde das Rückgrat gebrochen wurde. Dem Trotz kann man nur mit Liebe und Geduld beikommen, durch Nichtbeachtung statt durch Übertreiben und Strafgerichte für „verbrecherische Charaktereigenschaften“. Er ist immer ein Zeichen dafür, daß der Erwachsene Unrecht getan hat. Er ist der Protest des einzelnen Kindes gegen Unterdrückung, wie es der Zusammenschluß der Arbeiterschaft gegen die Unter-

drückung des Kapitalismus ist. Gerade dem Arbeiter müßten diese Äußerungen des kindlichen Seelenlebens klar sein, damit er der kapitalistischen Ausbeutung nicht wieder willige Werkzeuge liefert.

Wie wir unsere Kinder behandeln, das erzählen sie uns besonders in dem Spiel „Mutter und Kinder“ wieder. Da ist das etwas ältere Mädchen, das die Obergewalt an sich reißt: „Ich bin die Mutter! Ich habe zu sagen und ihr müßt schön hören!“ so ruft sie bei Beginn des Spieles aus und läßt ihre Stimme wie ein meisterhaft beherrschtes Instrument spielen — vom schrillsten, keine Widersprüche duldenden Kommandoton bis zum betörenden Schmeicheln. Wenn sich doch einige leise Widersprüche zum Vorschein wagen: „Nein, ich bin die Mutter!“, dann vergibt sie einige andere Rangordnungen? „Du bist das Kindermädchen“ — oder: „Du bist der Vater!“ Selbst das „Dienstmädchen“ wird noch höher gewertet als das „Kind“. Und nun werden Befehle erteilt: du machst das, und du machst das — du bist artig und du schläfst! Die „Mutter“ aber geht aus, kauft ein, macht Besuche. Während ihrer Abwesenheit gibt sie die Herrschaft an ein Kind ab, das sie damit wegen „guter Führung“ belohnt. Der „Vertreter“ weiß genau, was dieses Vertrauen bedeutet, und ruft der Mutter noch im Weggehen zu: „Wenn se nich hören, denn geb ich se wechel!“ Als die „Mutter“ zurückkommt, verklatschen sie sich gegenseitig — genau so, wie Aufpasser auch im Erwachsenenleben das Gemeinschaftsgefühl vergiften.

Wer sich auf Kinder versteht, der weiß, daß sie lange nichts anderes sind als der Abklatsch des sie am meisten umgebenden Erwachsenen. Wenn sie ihn lieben, färbt das bis in die geringsten Kleinigkeiten ab. Sie nehmen Art und Haltung, Worte, Aussprüche, Sprechart, ja sogar die Tonfarbe der anderen Stimme an. Sie denken in seiner Denkungsart, seine Aussprüche sind unumstößliche Wahrheiten; was dieser Mensch sagt, ist für das Kind der Schlüssel zum gesamten Leben. Wie traurig für alle Kinder, daß die Erwachsenen nicht die Folgerungen aus diesen Tatsachen ziehen und allen Ernst und alle Verantwortlichkeit auch den kleinsten Dingen gegenüber walten lassen. Die Kinder sind das, was ihnen vorgelebt wird, und erst die Kraft, die wir ihnen lassen, nicht die, die wir zerstören, holt das noch schlummernde Eigene aus ihnen heraus, das eine neue Persönlichkeit formt. Trude Wiechert.

Die Hausfrau als Kassenführerin der Nation

Da rund 60 vH des Einkommens durch die Ladentüren gehen, ist die Hausfrau praktisch die Kassenführerin und Treuhänderin der Nation. Früher war sie bloß Wirtschaftsobjekt, jetzt ist sie kraft ihrer Stellung zum Subjekt der Wirtschaft geworden. In der jetzt herausgekommenen Sondernummer des „Heimatsdienst“ schreibt Charlotte Mühsam-Werther über die Frage: Wie die Hausfrau das Problem sieht. „Für die Hausfrau interessiert begreiflicherweise weniger die zum Teil durchgeführte Preissenkung der Stahl- und Eisenverbände, der Tafelglas- und Warenfabrikanten; für sie ist vielmehr zunächst von unmittelbarer Bedeutung, die Kostensenkung für Lebensmittel, Textilien und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs.“

Die Verfasserin hält die übersteigerte Reklame, für die 800 bis 900 Mill. M ausgegeben werden, als eine ungesunde Verteuerung. „Mit bitterer Ironie empfindet die Hausfrau den Wandel des Schlagworts vom ‚Dienst am Kunden‘. Geht es doch in Wahrheit um den ‚Kampf um den Kunden‘. Dieser Kampf wird mit preissiegernden Auswüchsen geführt.“ Der Aufsatz schließt: „Alles in allem ertönt in der Verbraucherschaft der SOS-Ruf nach Preissenkung. Mögen öffentliche und private Kräfte, in verständnisvollem Streben, sich auf vielen Wegen in dem einheitlichen Ziel zusammenschließen.“ Dem ist nur zuzustimmen.

Aergerlich für Selbstmörder! Die wachsende Zahl der Selbstmorde durch Einatmen von Leuchtgas hat den amtlichen Leichenbeschauer der Stadt London dazu veranlaßt, beim Magistrat einen merkwürdigen Antrag zu stellen, der geeignet ist, den Lebensmüden den Gastod gründlich zu verneken. Es soll künftig dem Leuchtgas eine Menge Formalin beigemischt werden, was sich ohne größere Kosten bewerkstelligen läßt; wendet dann ein Selbstmörder diese Mischung ein, so befällt ihn ein derart heftiger, mit Tränenströmen verbundener Niesenanfall, daß er sich entweder eine andere Todesart aussucht oder sich überhaupt zum Weiterleben entschließt. Dr. Walde, so heißt der edle Menschenfreund, begründet seinen Vorschlag des weiteren damit, daß zahlreiche Selbstmorde in plötzlichen Anfällen von Lebensüberdruß oder Verkündigungen begangen würden. Er erwartet, daß die Todeskandidaten durch kräftiges Niesen wieder zur Besinnung kommen und frischen Mut fassen.

Schmerzen und Ihre Ursachen

„Mutter, ich habe Magenschmerzen!“ sagte die kleine Hilde. „Du hast einen leeren Magen; du hast heute Morgen nicht gegestückt. Wenn du etwas gegessen hast, wird es besser sein!“

Am Nachmittag bekamen sie Besuch von der Familie Braun. Herr Braun klagte über starke Kopfschmerzen.

„Nun, weil Ihr Kopf leer ist!“ rief die kleine Hilde, „wenn Sie etwas darin hätten, würden Sie sich wohler fühlen.“

Liebe zur Arbeit

„Bist du ein großer Freund der Arbeit?“ fragte der Geschäftsinhaber einen Jungen, der wegen einer Stelle nachfragte.

„Nein, Herr“, antwortete freimütig der Junge.

„Nun, dann können wir dich nicht gebrauchen, wir suchen einen Jungen, der die Arbeit liebt.“

„Es gibt keinen“, antwortete der Junge.

„O doch, es waren diesen Morgen bereits über ein Dutzend hier, die wegen Arbeit fragten.“

„Wie können Sie wissen, daß sie die Arbeit lieben?“

„Sie sagten es.“

„Ich könnte es auch sagen, Herr“, meinte der Junge, aber ich bin nicht ein solcher Lügner!“

Der Junge erhielt die Stelle.

Frauen und Kinder zuerst

Zwei Freunde machten eine Reise nach Amerika. In der ersten Nacht war starker Sturm, und das Schiff schaukelte heftig.

Als der eine der Freunde sich in seine Kabine zurückziehen wollte um sich hinzulegen, fand er seinen Freund bereits im Bett und war erstaunt zu sehen, daß dieser ein Frauen-Nachtgewand trug und ein Kissen auf dem Kopfe hatte.

„Um Gotteswillen, Mensch, wie siehst du denn aus?“ errie er, liche verdrückte Lüge.“

„Ja, meinte der andere, „kennst du nicht die Verordnung: „Im Falle der Gefahr sind Frauen und Kinder zuerst zu retten.“



Sozialpolitik



Ein unhaltbares Urteil gegen Betriebsräte

Nach dem Betriebsrätegesetz (BRG) und dem Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung (Betr.Bil.G.) hat der Betriebsrat das Recht, die Vorlegung von Betriebsbilanzen und von Erläuterungen zu verlangen. Der § 2 des Betr.Bil.G. bestimmt ausdrücklich, daß zur Erläuterung der Betriebsbilanz Auskunft zu geben ist. Sie muß auch auf die Unterlagen der Bilanz, wie Inventar, Rohbilanz, Kontokorrentkonto, Betriebs- und Handlungsunkostenkonto erstrecken, deren Vorlage selbst allerdings nicht vorgeschrieben ist.

Aus diesen Bestimmungen geht klar hervor, daß der Gesetzgeber damals den Betriebsräten gesetzlich die Möglichkeit geben wollte, sich durch Betriebsbilanzen, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, und durch die Pflicht des Arbeitgebers, die einzelnen Posten und Zusammenhänge zu erläutern, ein klares Bild von der Lage der Unternehmung zu machen. Jeder wirtschaftlich Beschlagene weiß, wie notwendig diese Vorschriften sind. Denn es ist in vielen Betrieben durchaus üblich, für dieselbe Zeit mehrere Arten von inhaltlich voneinander abweichenden Bilanzen aufzustellen, je nachdem, ob es sich um Steuer-, Aktionär-, Börsenprospekt- oder innerbetriebliche Bilanzen handelt. Und Betriebsbilanz und Betriebsbilanz ist trotz des gleichen Namens noch lange nicht dasselbe, wie man leicht aus jedem guten Lehrbuch der Bilanzkunde entnehmen kann. Durch die oben erwähnten Bestimmungen sollen also dem Betriebsrat zutreffende Auskünfte über die Lage des Betriebes gewährleistet werden.

In Anwendung dieses Rechts hatte in dem hier zu erörternden Streitfalle der Betriebsrat Auskunft über die Zusammensetzung des Postens „Generalunkosten“ der vorgelegten Gewinn- und Verlustrechnung verlangt. Er wollte Erläuterungen über die Höhe der Gehälter, sowohl der Angestellten als auch des Vorstandes, über die Höhe der Steuern und sozialen Aufwendungen, über Pensionen, Reisespesen und sonstige Unkosten. Nach Verweigerung durch den Arbeitgeber wurde das Arbeitsgericht angerufen. Das Arbeitsgericht kam nach Prüfung der bestehenden Bestimmungen und ihrer Entstehungsgeschichte zu dem Ergebnis, daß das Verlangen des Betriebsrates gerechtfertigt und ihm zu entsprechen sei. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß der Betriebsrat einen Anspruch darauf habe, die tatsächlichen Endzahlen der die Bilanz bildenden Buchhaltungskonten zu erfahren, um ein selbständiges Urteil darüber zu gewinnen, nach welchen Grundsätzen die Bewertung der Konten vorgenommen sei. Zu der im Gesetz vorgeschriebenen Erläuterung der Bilanz sei erforderlich, daß über die Bedeutung und die Zusammenhänge der Bilanzposten bestimmt an Hand der Unterlagen Auskunft erteilt werde. Nur auf diese Weise ist es zu ermöglichen, die Bilanz durchsichtig zu machen. Bei der Urteilsfällung könne nicht von Belang sein, ob die gewünschte Aufstellung etwas Mühe erfordert oder ob sie etwa als Unterlage für künftige Lohnverhandlungen dienen solle. Zur weiteren Erklärung seines behandelnden Urteils konnte das Arbeitsgericht noch auf die neuere englische Gesetzgebung hinweisen, die für die meisten englischen Gesellschaften die Bekanntgabe der Gehälter Direktoren an die Generalversammlung, also an eine weite Öffentlichkeit, vorschreibt.

Diese Beweisführung ist durchaus richtig. Ihre Folgerungen entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und dem gesunden Menschenverstand. Mit dem letzteren darf man allerdings im Rechtsleben nicht oft kommen. Man wird dann gleich an jenen witzigen Vorsitzenden erinnert, der auf eine Beweisführung, „daß dies doch dem gesunden Menschenverstand entspreche“, erwiderte, „darum handelt es sich hier nicht, sondern um das Bürgerliche Gesetzbuch“. Wenn man also noch einräumt, daß immer Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung gesetzlicher Vorschriften bestehen werden, so kann man doch den Gründen des Reichsarbeitsgerichts (RAG) nicht folgen, das die gegen das obige Urteil eingelegte Rechtsbeschwerde für den Arbeitgeber entschied.

Das Reichsarbeitsgericht will im vorliegenden Falle zwar die Auskunft über die Höhe der Steuern, der sozialen Aufwendungen und sogar über Provisionen und übrige Unkosten für gerechtfertigt erklären, dagegen nicht über Gehälter und Reisespesen. Es stellt den Grundsatz auf, daß die Auskunft nach dem Betriebsbilanzgesetz alles das umfassen muß, was dem Arbeitgeber zur Erfüllung der Aufgaben des Betriebsrates nach Treu und Glauben im Verkehr unter gleichzeitiger Wahrung des Betriebsgeheimnisses zugemutet werden kann. RAG hält es aber im Rahmen der so festgelegten Auskunftspflicht im vorliegenden Falle nicht für zumutbar, daß die Höhe der Gehälter von Vorstand und Angestellten und der Reisespesen sowie der Pensionen gesondert angegeben wird. Das RAG glaubt, Gründe für seine Stellungnahme aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und deren Entstehungsgeschichte entnehmen zu können. Es entscheidet, daß die Ausfertigung der einen darf der Betriebsrat die andere nicht außer Grenze finde an den schutzbedürftigen Rechten des Betriebes. Sie dürfe insbesondere nicht dazu führen, daß Betriebsgeheimnisse preisgegeben würden. Denn das RAG hält es trotz der in § 100 BRG unter Strafe gestellten Verletzung der Schweigepflicht durch Angehörige einer Betriebsvertretung mit einer geordneten Betriebsführung, die nach der Rechtsprechung des RAG ausschließlich dem Arbeitgeber zusteht, nicht vereinbar, wenn man dem Betriebsrat die Höhe der Gehälter des Vorstandes und der Angestellten — sei es auch nur in einer Summe — offenlegen lassen wollte.

In der Begründung spielt auch die Auslegung des § 1 des BRG eine wesentliche Rolle. Danach sind Betriebsräte zu wählen zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke. Jedermann weiß, daß nur der erste Teil des Aufgabengebietes praktische Bedeutung gewinnen konnte. Trotzdem wiederholt auch dieses Urteil folgenden Grundsatz des RAG: „Beide Aufgaben (siehe § 1 BRG) greifen ineinander über, und bei der Auskunftspflicht auch dem Betriebsrat gegenüber ihre natürliche acht lassen. Es ist von den in § 1 näher bezeichneten Aufgaben nicht die eine vor die andere, sondern es sind beide Aufgaben gleichwertig nebeneinander gestellt. Der Betriebsrat ist also verpflichtet, die Belange des ganzen Betriebes wahrzunehmen, nicht denen der Arbeitnehmer den Vorzug geben.“

Der letzte Grundsatz ist irrig. Er findet weder im Wortlaut und im Sinn des BRG, noch in der Entstehungsgeschichte und der Praxis eine ausreichende Stütze. Das in Artikel 165 der Reichsverfassung versprochene Stück Räteverfassung im Wirtschaftsleben hat erst eine kümmerliche Ausgestaltung erfahren. Eine kollektivistische Vertretung der Arbeiterbedürfnisse ist zwar im BRG festgelegt, ein wesentlicher Einfluß auf den Betrieb jedoch nicht erreicht.

Das RAG geht an diesen Tatsachen vorbei. Die Gründung von Urteilen auf theoretischen Vorschriften führt dann, wie in der oben kritisierten Entscheidung, dazu, daß die Rechte der Be-

Die Bedeutung der Lärmbekämpfung

Die Schallempfindungen werden getrennt in Tonempfindungen und Geräuschempfindungen; solche Schallempfindungen, die einen glatten, stetigen Verlauf haben, nennt man Töne, während die Geräusche auch durch ihre Rauigkeit und Unstetigkeit sich auszeichnen oder so kurz sind, daß man nur von einem Knall oder Stoß sprechen kann. Die beiden Arten von Empfindungen, Ton und Geräusch, können ohne scharfe Grenze ineinander übergehen. Häufig sind Töne mit Geräuschen verbunden, und man bezeichnet solche Töne dann als rau, heiser, pfeifend, kratzend. Es kommt zur Tonempfindung dadurch, daß ein tönender Körper in schwingende, schwingende Bewegung versetzt wird. Je mehr Schwingungen in der Zeiteinheit, in der Sekunde, aufeinander folgen, desto größer ist die Schwingungszahl und desto höher der Ton. Je mehr der tönende Körper aus der Gleichgewichtslage gebracht wird, und je größer die Geschwindigkeit ist, mit der er durch die Gleichgewichtslage hindurchgeht, um so stärker ist der Ton. Schwingungen, deren Zahl auf 30 in der Sekunde sinkt, erregen nur ein flatterndes Geräusch; die obere Grenze für die Hörbarkeit liegt bei etwa 20 000 Schwingungen.

Die Schwingungen eines tönenden Körpers können dem Ohre entweder durch die Luft oder durch die Schädelknochen zugeführt werden. Mit der gewöhnlichen Luftübertragung ist stets die Leistung durch die Schädelknochen verbunden, weil die auf den Schädel eindringenden Schallwellen nicht nur das Trommelfell, sondern auch die Knochen, wenn auch mit viel geringerer Stärke, in Schwingung versetzen. Während bei der Übertragung der Schallschwingungen durch die Luft die Ohrmuschel, äußerer Gehörgang und Trommelfell die aufnehmenden Apparate sind, erfolgt die Leitung durch die Schädelknochen derart, daß die Schwingungen unter Umgehung des Mittelohrs das innere Ohr und die dort befindlichen Nervenenden erreichen.

Das Ohr ist imstande, aus den sehr verwickelten Luftschwingungen die zusammenklappenden Töne herauszuhören; es besitzt also analysierende Fähigkeiten. Geräusche können aus Tönen entstehen; so wird zum Beispiel ein Tongewirr, wie das Stimmen des Orchesters oder der Zusammenklang vieler menschlicher Stimmen als Geräusch wahrgenommen. Durch Verschluss des äußeren Gehörgangs können die Schallempfindungen geschwächt und unter Umständen sogar aufgehoben werden.

Das Hörorgan ist von Natur darauf abgestimmt, feine und feinste Sinnesempfindungen zu vermitteln. Der Lärm in vielen Fabrikbetrieben und auf den Straßen der Großstadt bedeutet nicht nur eine Belastung des Nervensystems, sondern auch eine Belastung des empfindlichen Gehörapparates. In Lärmbetrieben scheiden oft bis zu 50 vH der Lehrlinge vorzeitig aus, und in einigen Industrien, zum Beispiel im Schiffbau, Kesselschmieden usw. fehlt der Nachwuchs. Besonders betroffen sind auch Metallindustrie einschließlich der Eisenbahn, Textilindustrie, Zementindustrie, Mühlen- und Sägewerke. Von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene ist deshalb am 29. November 1927 ein Ausschuss gebildet worden zur Bekämpfung gewerblicher Lärmschwerhörigkeit. Dieser Ausschuss besteht aus einer Arbeitsgemeinschaft, die gebildet wird von Vertretern der Medizin und Technik sowie beteiligter Behörden, Arbeitgeber, Gewerkschaften und Versicherungen; er hat folgende Aufgaben in Angriff genommen: 1. Ausarbeitung eines Lärm-Merkblattes, 2. Bearbeitung von Anschauungsmaterial zu Aufklärungszwecken, 3. Festlegung einheitlicher ohrenärztlicher Untersuchungsmethoden und 4. wissenschaftliche Begutachtung von Dämpfungsvorrichtungen und von Neuerfindungen zum Ersatz lärmender Arbeitsmethoden durch lärmschwache oder lärmfreie. Das Reichsgesundheitsamt (Berlin) und die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene Frankfurt a. M. haben 1929 ein Lärm-Merkblatt über Ursachen und Verhütung der gewerblichen Lärm-Schwerhörigkeit herausgegeben. Dieses Merkblatt zählt 12 beachtenswerte Punkte auf, sein Inhalt ist etwa folgender: Vor Eintritt in geräuschvolle Betriebe werden die Bewerber, wenn in ihren Familien erbliche Ohrenleiden vorgekommen sind, gewarnt; leidet ein Lehrling oder jugendlicher Arbeiter an Ohrenkrankheiten oder deren Folgen, so soll vor Eintritt in den neuen Beruf ohrenärztlicher Rat eingeholt werden. Die

Untersuchung durch einen Ohrenarzt ist nicht nur vor der ersten Arbeitsaufnahme in einem ausgesprochenen Lärmbetriebe nötig, sondern muß auch später in gewissen Zeitabständen wiederholt werden. Wenn Abnahme des Gehörs von einem Arbeitstätigen beobachtet wird, der in einem Lärmbetriebe beschäftigt ist, so muß der Betreffende ohrenärztliche Hilfe sofort aufsuchen und darf nicht warten, bis Ohrensausen, Schwindelanfälle, Schlaflosigkeit oder andere Krankheitserscheinungen eintreten. Bei Lärmschwerhörigkeit des Ohres werden zuerst hohe und höchste Töne nicht mehr wahrgenommen (Klingeln, Pfeifen). Wirkt die schädliche Lärmwirkung weiter ein, so geht die Entartung auch auf die feinen Gehörzellen über, welche der Wahrnehmung tieferer Töne dienen. Die Schädigung des Ohres durch Lärm betrifft nämlich die empfindlichsten und edelsten Teile des Gehörgangs, die zarten Endungen der Hörnerven in der sogenannten Schnecke (Sinneszellen, Hörzellen). Mißbrauch alkoholischer Getränke und besonders Mißbrauch von Tabak schwächen die Widerstandsfähigkeit der Hörnerven gegen Lärmeinwirkungen.

Der durch seine Stärke und lange Dauer auf das menschliche Ohr schädigend wirkende Lärm pflanzt sich nicht nur durch die Luft, sondern auch in Wänden und Fußböden der Arbeitsräume fort. Einmalige starke Schalleindrücke, wie Pfiff, Knall, Schlag, sind besonders schädlich, wenn sie das Ohr plötzlich und überraschend treffen. Um das Ohr gegen Lärm zu schützen, genügt es nicht, lose ins Ohr Watte zu stecken, sondern es ist ein dichter Verschluss der Ohren notwendig mit einem dicken, sauberen Gazepfropfen, der mit Vaseline, Wachs oder dergleichen versetzt ist. Auf erschüttertem Fußboden können Strohkork, Kork, Gummisohlen oder Filzschuhe und beim Knien und Liegen auch Filzmatten zweckdienlich sein. Nicht jedes menschliche Ohr wird durch überlauten oder andauernden Lärm geschädigt. Je gesünder das Ohr selbst ist, je widerstandsfähiger der gesamte Körperzustand, desto geringer ist der Einfluß des Lärms. Nach Syphilis und anderen Infektionskrankheiten kann leicht Anfälligkeit des Gehörorgans zurückbleiben. Während eine Schädigung des Ohres durch plötzlichen und überlauten Schalleindruck (zum Beispiel Explosion oder Schuß) sofort von dem Betroffenen gespürt wird, erfolgen Hörschäden durch andauernden mäßigen Arbeitslärm meist fast unmerklich. Viele Arbeiter spüren von Anfang an die Einflüsse des Arbeitslärms überhaupt nicht, und dennoch zeigt eine ohrenärztliche Untersuchung, daß das Gehör bereits gelitten hat. Schwerhörigkeit durch Erkältung, durch Ohrenschmalz, Pfropfen aus dem Staub des Arbeitsmaterials darf man nicht mit der weiteren Lärmschwerhörigkeit verwechseln. Das wirksamste Mittel der Vorbeugung ist Erholung des Ohres in ruhiger Umgebung während der Freizeit.

Auch der Lärm, der durch die modernen Verkehrsmittel hervorgerufen wird, sollte nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Die Nervosität vieler Großstädter hat sicher nicht allein in dem aufreibenden Berufskampf ihren Grund, sondern wird nicht zum geringen Teil hervorgerufen durch die Einwirkung äußerer Schädlichkeiten und besonders durch die Steigerung der Geräusche und des Lärms. Es ist daher verständlich, daß viele Menschen geräuschempfindlich und überempfindlich werden. Bei Erregung ruhestörender Lärms muß auf die Nebenmenschen unbedingt Rücksicht genommen werden. Es darf zum Beispiel das Erproben eines knatternden Kraftwagens auf bewohnten Straßen zur Nachtzeit und die regelmäßige Benutzung des Rundfunklautsprechers mit allen Verstärkungsmitteln in einem dünnwandigen Mietshaus als ruhestörender Lärm angesehen werden, der „ungebührlicher Weise“ erregt wird. Mit Recht wird auch das Teppichklopfen durch Polizeivorschriften geregelt, und das Kammergericht hat im Urteil des ersten Strafsenats 1013/27 solche Vorschriften ausdrücklich anerkannt neben § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches, das denjenigen unter Strafe stellt, der ungebührlicher Weise ruhestörender Lärm erregt oder groben Unfug verübt. Die Herabsetzung des Hupenlärms in den Straßen kann dadurch erreicht werden, daß die Kraftwagenführer, besonders im Großstadtverkehr, die Geschwindigkeit herabsetzen, und daß nur solche Personen den Führerschein erhalten, die über einwandfreie Sinnesorgane (gesunde Augen und Ohren) verfügen. Dr. Max Grünwald.

trienräte auf dem Umwege über die Rechtsprechung im Arbeitsrecht weiter eingeschränkt werden. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung ist deshalb die einhellige Ablehnung dieses unverständlichen Urteils von Seiten der Arbeiter notwendig. (Vgl. RAG — RB 42/28 vom 26. Februar 1930.)

M. Krüger.

Volkshochschule Comburg

Der Winterkurs der Volkshochschule Comburg bei Schwab. Hall dauert von Anfang November bis Ende Februar mit kurzer Weihnachtsunterbrechung. Der Unterricht erstreckt sich auf folgende Gebiete: Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht; Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; Fragen der bildenden Kunst, Dichtung, Musik und Festgestaltung; Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache; Gesundheitsfragen. Alter der Schüler mindestens 18 Jahre. Die Kosten betragen 250 RM für den Kurs, einschließlich Unterkunft und Verpflegung. Eine Anzahl von Teil- und Vorkursen stehen zur Verfügung. Arbeiter und Angestellte, die sich melden und die berücksichtigt werden wollen, müssen bis Anfang Oktober ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Darlegung ihrer geistigen Verfassung einreichen.

Gewerbehygienische Vorträge

Im Anschluß an die diesjährige Hauptversammlung veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene in der Zeit vom 25. bis 27. September in Breslau allgemeine gewerbehygienische Vorträge. Das Programm sieht Vorträge über Arbeit und Gesundheit, der Arbeiterschutz im Betriebe unter besonderer Berücksichtigung der neuzeitlichen Wege zur Unfallverhütung, elektrische Unfälle und ihre Verhütung, Arbeiterschutz und Rationalisierung, praktische Gesichtspunkte bei der Durchführung der Verordnung vom 11. Februar 1929 betreffend Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten, gewerbliche Vergiftungen, gewerbliche Staubschädigungen, technische Maßnahmen zur Staubbekämpfung; außerdem sind Besichtigungen gewerblicher Betriebe vorgesehen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

„Da schauen Sie, was Sie mir für ein Hemd verkauft haben. Noch nicht einmal gewaschen und ist schon zerfallen.“ — „Ja, wie lang tragen Sie das Hemd schon?“ — „Kaum acht Monate.“

„Moritz! Was stellst du dir unter einer Kettenbrücke vor?“ — „Wasser, Herr Lehrer.“



Verbandsleben



Wahret eure Rechte!

In letzter Zeit werden unliebsame Arbeiter aus dem Betriebe in einer Weise entfernt, deren Schamlosigkeit wohl kaum noch zu überbieten ist. Besonders betroffen werden davon die älteren, mitunter jahrzehntelang dem Unternehmen angehörigen Arbeiter, daneben aber vor allem auch diejenigen, die die „notwendige Botmäßigkeit“ dem Unternehmer nicht entgegenzubringen vermögen. Man teilt ihnen in durchaus „wohlwollender“ Weise mit, daß man infolge überaus schlechten Geschäftsganges kündigen müsse, daß man sie aber sobald als nur irgend möglich selbstverständlich wieder einstellen werde, sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nur einigermaßen bessern. Der Arbeiter fällt oft auf dieses Manöver herein, da er ja der Meinung ist, daß er nur „vorübergehend außer Kurs gesetzt“ ist.

In Wirklichkeit sehen aber die Dinge so aus, daß damit in den meisten Fällen nur eine Umgehung der Kündigungsschutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes erreicht werden soll und auch erreicht wird. Leider gehen dadurch den von der Kündigung Betroffenen recht anscheinliche Geldbeträge verloren, die natürlich für den Unternehmer einen Sondergewinn bedeuten. Hier ist es eine unumgängliche Pflicht der Betriebsräte, gegen diese Machenschaften vorzugehen und für die nötige Aufklärung innerhalb der Belegschaft Sorge zu tragen.

Die Stillelegung ist abhängig von einer Anzeige des Inhabers oder Leiters des Unternehmens an die Landeszentralbehörde. Außerdem hat sich der Inhaber oder Leiter des Unternehmens nach § 74 BRG möglichst längere Zeit vorher mit dem Betriebsrat über die beabsichtigten Maßnahmen ins Benehmen zu setzen. Wird der Stillelegung stattgegeben, dann tritt zunächst eine vier- bis sechswöchige Sperrfrist ein, während der

1. die beabsichtigten Maßnahmen des Abbruchs oder der Stillelegung zu unterbleiben haben (§ 1, 2 StVO),
2. jede Veränderung der Sach- oder Rechtslage, die die ordnungsgemäße Führung des Betriebes beeinträchtigt, zu unterlassen ist (§ 2, 1 StVO) und
3. jede Kündigung von Arbeitern ohne behördliche Zustimmung unwirksam ist. Arbeitsstreckung kann zur Vermeidung von Entlassungen angeordnet werden (§ 2, 2 StVO).

Mit diesen Vorschriften soll erreicht werden, daß zunächst den Arbeitern die Arbeitsgelegenheit erhalten bleibt und Maßnahmen zur Stützung und Weiterführung des Betriebes gemeinsam zwischen Stillelegungsbehörde, Inhaber des Betriebes und Vertretern der Gewerkschaften erwogen und in die Wege geleitet werden können.

Voraussetzung für das oben Gesagte ist, daß es sich um Stillelegungen einzelner Betriebe oder ganzer Betriebsabteilungen handelt. Einen Kündigungseinspruch gegen eine behördlich genehmigte Stillelegung gibt es nicht. Zu beachten ist bei Stillelegungen einzelner Abteilungen, ob die Entlassung der einzelnen Arbeiter erforderlich ist. Nicht erforderlich ist sie, wenn die Möglichkeit der Unterbringung in einer anderen Betriebsabteilung besteht. In allen anderen Fällen aber, wo Arbeiter in größerer Zahl, wenn auch in zeitlichen Abständen, zur Entlassung kommen, handelt es sich um Betriebs-einschränkungen, die aber in außerordentlich vielen Fällen entweder nur „Betriebssäuberungen“ oder „Umgehung der Stillelegungsanzeige“ darstellen. In jedem Falle muß daher sorgfältig geprüft werden, ob mit der beabsichtigten Einschränkung nicht nur eine „Umgehung der Vorschriften des Betriebsrätegesetzes über den Entlassungsschutz“ erreicht werden soll. Werden Arbeiter entlassen, ohne daß die ganze Abteilung stillgelegt wird, dann liegt stets nur eine Betriebs-einschränkung vor. Gegen derartige Entlassungen oder Kündigungen aber steht den davon Betroffenen das volle Einspruchsrecht gemäß § 84 BRG zu.

Der Einspruch hat beim Arbeiterrat binnen 5 Tagen zu erfolgen, der sich in einer Sitzung zu der sämtliche Mitglieder zu laden sind — bei Verhinderung Ersatzmitglieder —, damit zu beschließen hat. Wird der Einspruch anerkannt, dann wird der Arbeiter in allen Fällen, nachdem wiederholte Einigungsverhandlungen zwischen Arbeiterrat und Betriebsleitung gescheitert sind, gut tun, die Einspruchsklage beim Arbeitsgericht einzubringen (entweder durch den Arbeiterrat oder die Organisation). Vollig verfehlt aber ist es fast immer, den schönen Worten des Unternehmers Glauben zu schenken und auf das Einspruchsrecht und damit auch bei der Nichtwiedereinstellung auf die Abfindungssumme zu verzichten, die gemäß § 87 BRG bis zur Höchstsumme von einem halben Jahreseinkommen betragen kann.

Erfolgt die Klageerhebung durch den Arbeiterrat, so ist darauf zu achten, daß die Vorschriften der §§ 253 Abs. 3 und 130 ZPO genau erfüllt werden. Nach diesem muß die Klageschrift enthalten:

1. Bezeichnung des Prozessgerichts und der Parteien nach Name, Stand, Wohnort usw.;
2. die Anträge;
3. Angabe der zur Begründung der Anträge dienenden tatsächlichen Verhältnisse;
4. Bezeichnung der Beweismittel, welcher sich die Partei zum Nachweis oder zur Widerlegung tatsächlicher Behauptungen bedienen will, sowie die Erklärung über die vom Gegner bezeichneten Beweismittel und
5. die Unterschrift.

Fehlt es an einem dieser Erfordernisse, dann gilt die Klage als nicht erhoben und der Kläger läuft Gefahr, daß infolge unrichtiger Klageeinreichung inzwischen die Fristen verstreichen, die für die Annahme des Arbeitsgerichts vorgesehen sind. Wesentlich sind außerdem folgende Angaben:

1. Datum der Kündigung oder Entlassung und der Einspruchserhebung beim Arbeiterrat;
2. Daten der Verständigungsverhandlungen;
3. Eingehende Darlegung des Einspruchsgrundes und dessen Berechtigung (Beweise, Zeugen usw.);
4. Angabe der Lohnhöhe für den Fall der Festsetzung der Entschädigungssumme gemäß § 87 BRG. B. K.

Schweizerische Erfahrung

In den ersten Tagen dieses Jahres las ich in einer Zeitung, daß ein Werkzeugmacher (Schnitt- und Stangenbau) von der Firma L. u. Co. in Mogelsberg im Kanton St. Gallen gesucht wurde. Auf meine Bewerbung erhielt ich in 14 Tagen die Mitteilung: Wir wären nicht abgeneigt — — bei befriedigender Leistung 1,70 bis 1,80 Franken Stundenlohn zu zahlen. Kost und Logis den Tag 4,50 Franken. Hierauf zog ich Erkundigungen ein und sandte der Firma den Entwurf eines Vertrages, um sicher zu sein. Die Firma antwortete: „Vertrag kann erst gemacht werden, wenn Sie einen Monat im Betrieb gearbeitet haben. Überstunden 25 vH Aufschlag, Sonntagsarbeit 100 vH. Schreiben Sie, wir werden Bewilligung der Einreise beantragen. Wenn Bescheid vom Schweizer Konsul in Berlin, dann sofort abreisen.“

Einige Tage darauf kam ein Telegramm: „Abreise sofort.“ Da ich nun glaubte, die Einreisebewilligung samt ihren Kosten wäre von der Firma erledigt, reiste ich ab.

Bei der Ankunft erfuhr ich bei der Ortsbehörde, daß die Einreisebewilligung nicht vorlag, die Kosten — 50 Franken — hätte ich zu tragen.

Mogelsberg ist ein Dorf von 300 Einwohnern, die mit ihren Ansichten noch im Mittelalter leben. Eine zwanzigköpfige, aus Männern und Mädchen bestehende, ganz unorganisierte Belegschaft, die den Launen des Brotherrn auf Gedeih und Verderb unterworfen ist. Gesetzlich besteht eine 48stündige Arbeitswoche in der Schweiz. Der saubere Herr zahlte auch 48 Stunden, aber 51 Stunden mußte gearbeitet werden. Daß sich dagegen Arbeiter nicht wehren können, begreift man bei der seit Jahren sehr schlechten Lage der dortigen Stickereiindustrie. Ein gewerkschaftliches Eingreifen kommt nicht in Frage, da ja niemand organisiert ist. Propaganda für die Gewerkschaft ist bei der religiösen Einstellung der Leute ganz ausgeschlossen. Daß ich mich gegen Ungerechtigkeiten von seiten des Unternehmers wehrte, war ihm natürlich unbehagen, da er doch gewöhnt war, daß seine Untertanen vor ihm auf dem Bauche rutschten. Er schätzte zwar meine Arbeit, doch meinen aufrechten Gang verwünschte er. Eines Tages kündigte er mir unter einem Vorwand, wollte mich aber ausnahmsweise für 1,50 Franken weiter arbeiten lassen. Als meine Frist herankam, wollte ich nun logischerweise die Stellung verlassen und führte dem Herrn in etwas derben Worten seine Handlungsweise vor Augen. Selbst das hinderte den Herrn nicht, mich zu bitten, bei ihm doch für 1,95 Franken weiterzuarbeiten. Da ich aber nicht wissen konnte, ob in Zukunft jeder Lohnstreik für mich so günstig ausfallen würde, zeigte ich dieser hochachtbaren Firma den Rücken.

Im allgemeinen möchte ich sagen, daß es selbstverständlich in der Schweiz auch Firmen gibt, bei denen bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse zu finden sind, zumal dort, wo die Kollegen gut organisiert sind. Aber dennoch kann ich keinem Kollegen raten, nach der Schweiz zu gehen. Die schweizerischen Behörden machen Schwierigkeiten. Die Kosten, die entstehen, gehen ohne Fahrgeld in die Hunderte von Franken für Aufenthalts- und Schreibgebühren, Steuern, Paß, Heimatschein, Umzugsgebühren usw. Sollte aber doch dieser oder jener sein, der der Verlockung des Wortes Schweiz nicht standhalten kann, und der dann klein am Beutel und groß an Enttäuschung seine Steuern an den schweizerischen Staat nicht mehr zahlen kann, der gehe ruhig ohne Paß, also auf Schusters Rappen, wieder über die deutsche Grenze zurück wie ich. B. H., eBrlin.

Tarifwidrige Löhne - Abbaumaßnahmen!

Die Firma Schwartz & Sohn, Pflanzfabrik in Berlinchen NM., hat mehrmals seit 1 1/2 Jahren durch teilweise Stillelegung des Betriebes die Belegschaft abgebaut bis auf etwa ein Viertel der früheren Belegschaft von 180. Dabei hat man nicht vergessen, für die im eBtriche verbliebenen Arbeiter die Akkordpreise soweit herabzusetzen, daß kaum noch der Mindestsatz von 71 Pf. + 20 vH nach dem Tarifvertrag verdient wurde. Bei der erneuten Stillelegungsverhandlung am 10. Juli stellte sich heraus, daß die Firma den im Betriebe verbliebenen Arbeitern anstatt eines Mindestlohn von 71 Pf. nur einen solchen von 65 Pf. zahlt. Begründet wurde die untertarifliche Bezahlung mit der — wirtschaftlichen Notlage des Betriebes.

Den Betriebsrat hatte man auf sein Vorstelligwerden vor der Verhandlung erklärt, daß laut Arbeitsgerichtsurteil bei wirtschaftlicher Notlage die Firma die eTrifflöhne nicht zu zahlen braucht. Von dem zuständigen Gewerkschaftsvertreter wurde der Firma erklärt, daß diese Berufung auf ein Reichsarbeitsgerichtsurteil rechtsirrig ist, denn bei allgemeinverbindlichen Tariflöhnen kommt eine derartige Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts nicht in Betracht. Darauf wurden die Arbeiter mit einem Schriftstück beglückt, wonach sie durch Unterschrift anzuerkennen, vorübergehend eingestellt zu sein; außerdem mußten sie bestätigen, daß sie mit dem angebotenen Stundenlohn von 65 Pf., also 6 Pf. unter dem Tariflohn, einverstanden sind. Bei der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter, nicht der Firma, haben die Kollegen auch unterschrieben.

Es wurde namentlich der Firma von der Gewerkschaftsvertretung gedroht, trotz dieser schriftlichen Anerkennung der untertariflichen Bezahlung durch die Arbeitgeber Klage beim Arbeitsgericht zu erheben, weil die Anerkennung infolge wirtschaftlichen Drucks des Unternehmers erfolgt ist. Darauf ist die Firma auf einen neuen Einfall gekommen. Es wurden einige Arbeiter neu eingestellt, die folgende Erklärung zu unterschreiben hatten:

„Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und Ernährung erkläre ich mich für mindereistungsfähig und bin gewillt, für 65 Pf. zu arbeiten!“

Eine derartige, unter wirtschaftlichen Druck des Unternehmers abgegebene Erklärung dürfte fast ohne Beispiel dastehen, sie zeigt, mit welchen Mitteln die Notlage der Arbeiter ausgenützt wird.

Berichtigung. Man schreibt uns:

In Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung ist in dem Aufsatz über „Bestenung der Kranken“ ein Irrtum unterlaufen. Es heißt dort unter Gebühr für Krankenschein: „Für die Angehörigen kommt nur eine Krankenscheingebühr von 10 Pf. in Frage“. Dieses widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen (§ 205). Der Schlußatz des § 205 sagt: „§ 187 b gilt entsprechend“. Der § 187 b behandelt die Krankenscheingebühr und danach trifft für die Familienangehörigen dieselbe Bestimmung zu wie für die Mitglieder.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 67 50 — 67 53

Mit Sonntag, dem 14. September, ist der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. September fällig.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Villingen: Das Mitglied Robert Dittrich, geb. in Schweidnitz, Mitgliedsbuch Nr. 1961173? Dittrich hat über den Reisegeldauszahler in Villingen falsche Anschuldigungen verbreitet.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

von Carosseriearbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.;

von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

SCHRIFTENSCHAU

Das ABC des Angeklagten. Von Dr. A. Felsart und C. Phönix. 159 Seiten, geb. 4,80 RM, brosch. 3 RM. Max Hesses Verlag, Berlin-Schöneberg. Das Buch ist in seiner verbesserten Auflage für die Staatsbürgerkunde in den Schulen geeignet. In mustergültiger Deutsch erläutert es das Wesen des deutschen Strafprozesses in allen seinen Phasen. Hier ist der Versuch unternommen, dem Laien aber auch dem Rechtsstudenten den Gang des Strafverfahrens plausibel zu machen. Einzelne Partien, wie das Kapitel „Die Verteidigung“, ferner „Die Hauptverhandlung“ sind sehr aufschlußreich. Jeder Stand, jeder Beruf kann von diesem Werke profitieren, denn es vermittelt dem Staatsbürger Kenntnisse, die ihm auch nützlich sind, wenn er glücklich genug ist, nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt zu geraten.

Recht der Jugend. Bearbeitet von Dr. Th. Tichauer und Walter Friedländer. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis M. Die beiden Verfasser haben es unternommen, in wissenschaftlich zuverlässiger Weise und doch volkstümlich und allgemein verständlich eine übersichtliche zusammenhängende Darstellung der zahlreichen, in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen verstreuten Vorschriften zu geben, die die Rechtsverhältnisse der ehelichen und unehelichen Kinder, die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern und das Recht der Jugendlichen in den verschiedenen Altersstufen zum Gegenstand haben. Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung sind allgemeine Familienangelegenheiten, wie auch Fragen des Unterhalts, der Erziehung usw. erörtert, so daß jeder, der mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat, und jeder Praktiker der Jugendpflege und Erziehung, schließlich aber auch die reifere Jugend selbst Nutzen von dem Büchlein haben dürfte.

Ein Feind der Gesundheit. Unter dieser Ueberschrift behandelt der hervorragende Sozialhygieniker Professor Grotzahn in einer vom Arbeiter-Abstinenten-Bund, Berlin SO 16, Engelufer 24-25, herausgegebenen Broschüre (Preis 20 Pf.) ein wichtiges Kapitel der persönlichen Gesundheitspflege: Die Wirkung der alkoholischen Getränke auf den menschlichen Körper. In einfacher, klarer Sprache, die sich wohlwollend von dem üblichen Gelehrtendeutsch unterscheidet, legt er dar, daß der gewohnheitsmäßige Alkoholgenuß fast an jedem Organ Spuren hinterläßt und die Widerstandsfähigkeit gegen alle krankmachenden Einflüsse herabsetzt. Diesem Schaden steht nicht einmal ein Nutzen gegenüber, denn das Kraftgefühl, das die alkoholischen Getränke hervorruft, ist ebenso trügerisch wie das Wohlbehagen und die Stimmung, die sich gleichzeitig einstellen. Mit der ersten Mahnung, einmal zu prüfen, ob die heute für Alkohol ausgegebenen Summen nicht besser der Ernährung und Erholung, der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung zugeführt werden sollten, schließt die Schrift.

Das Arbeitsgerichtsgesetz. 2. umgeänderte und vermehrte Auflage. Bearbeitet vom Reichsgerichtsrat Dr. Königberger. Band 3 von Liebmanns Taschenkommentar. Das Werk, das 402 Seiten umfaßt, gibt dem Benutzer eine schnelle und zuverlässigen Einblick in Inhalt und Sinn des Gesetzes nach dem neuesten Stande der Rechtsprechung (Verlag von Otto Liebmann, Berlin W 57. Preis geb. 9 M. Vorzugspreis für Abonnenten der Deutschen Juristen-Zeitung geb. nur 8 M.). Dieses Werk, das auf engstem Raume in handlicher Form das gesamte Material enthält, wird in der täglichen Praxis jedem Besitzer der Arbeitsgerichte, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern und deren Verbänden ebenso vortreffliche Dienste leisten wie den Juristen. Nur wer das Prozessverfahren beherrscht, beherrscht den Prozeß.

12. internationaler Metallarbeiter-Kongreß

Abgehalten vom 27. bis 29. August in Kopenhagen

F. K. Die dänische Hauptstadt ist für den Internationalen Metallarbeiter-Bund geschichtlicher Boden. Hier wurden seine Keime gelegt. Im Jahre 1891 fand dort eine Schmiede-Konferenz statt, an deren Anschluß einige Kameraden über die Tunlichkeit der zwischenstaatlichen Zusammenfassung der Metallarbeiter berieten. Dieselbe Sache wurde fast gleichzeitig auf dem internationalen Sozialistenkongreß, der im selben Jahre in Brüssel stattfand, erörtert. Aus den verschiedenen Besprechungen entsproß zwei Jahre später, gelegentlich des internationalen Kongresses von Zürich, eine Metallarbeiterkonferenz von Vertretern verschiedener Länder. Es wurde ein internationales Auskunftsbüro beschlossen und sein Sitz in die Schweiz verlegt. Hieraus hat sich dann allgemach unser internationaler Bund entwickelt.

Später spielte sich in der dänischen Hauptstadt abermals für unsern Bund ein wichtiger Vorgang ab: der Krieg hatte die zwischenstaatlichen Bande der Metallarbeiterorganisationen zerrissen. Gleich nach Beendigung des blutigen Handgemenges wurde allenthalben der Wunsch nach der Wiedererrichtung des Bundes laut. Im Jahre 1920 endlich wurde die Erfüllung gewagt, und zwar in Kopenhagen, wo der erste Metallarbeiter-Kongreß nach dem Kriege stattfand. So war denn die diesjährige Tagung ein Jubiläum für die Eiserne Internationale und eine Anerkennung der dänischen Kameraden für ihre unsern Bund geleisteten großen Verdienste.

Auch dieses Mal hat sich die Gastfreundschaft der dänischen Kollegen und Sozialdemokraten in einem schwer zu überbietenden Maße gezeigt. Sie haben mehr für ihre Gäste getan, als füglich erwartet werden konnte. Sie ließen nichts, aber auch gar nichts ungeschehen, um den ausländischen Kollegen den Aufenthalt angenehm, unvergänglich zu machen. Und wenn die dreitägige Verhandlung durchweg von einem prächtigen, von einem sozialistischen Geiste getragen wurde, so haben daran die nimmermüden Gastgeber ihr ehrlich Teil.

Der Kongreß fand in der Christiansborg, das heißt im Reichstagsgebäude statt. Der ganze organisatorische Apparat des Parlaments ward dem Kongreß zur Verfügung gestellt. Diese angenehme Seltenheit ist auf den bestimmenden Einfluß der dänischen Genossen auf die Gesetzgebung zurückzuführen. In Dänemark regiert die Sozialdemokratie, was nichts anderes heißt als die Partei der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Welcher Vorteil der Arbeiterschaft aus dieser sozialdemokratischen Regierung sprießt, läßt sich an den sozialpolitischen Einrichtungen und vielem andern ermesnen. Was für das Land, gilt auch für die Stadt Kopenhagen. Hier verfügt die Arbeiterschaft von den 55 Stadtverordneten über 35, hat also die absolute Mehrheit im hauptstädtischen Parlament. Wenn man durch das herrliche Rathaus geht, wundert und freut man sich immer wieder, daß hier die Proletarier maßgebend sind.

Die Eröffnung des Kongresses

Die bedeutsame Rolle der Arbeiterbewegung in Staat und Stadt wurde schon bei der Eröffnung des Kongresses offenbar. An einem Tisch. Es hatten sich zur Begrüßung der ausländischen Genossen neben den Vertretern gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Körperschaften der Finanzminister Bramsmaes und der Bürgermeister Hedebol eingefunden, und beide haben mit noch anderen öffentlichen Persönlichkeiten der Verhandlung lange beigewohnt.

Kurz nach 10 Uhr wurde der Kongreß von dem Vorsitzenden des dänischen Bruderverbandes, dem Kollegen Kjarboel, in Dänemarks Hauptstadt willkommen geheißen. Nachdem er die Vertreter der Behörden begrüßt hatte, erinnerte er an die geschichtlichen Vorgänge, durch die die Eiserne Internationale den dänischen Kollegen besonders wertvoll geworden sei. In Dänemark hätten die Gewerkschaften starken Einfluß auf die Regierung, wodurch es gelungen sei, die Erwerbslosigkeit merklich zu mildern. Über die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Tages hinaus sei man in Dänemark dabei, eine neue Ordnung vorzubereiten. Kopenhagen werde die „Stadt der schönen Türme“ genannt. Es werde aber auch verschönt durch die Natur. Dank der Gaben der Natur seien in Dänemark die sozialen Gegensätze nicht ganz so scharf wie anderwärts. In dieser schönen Stadt und in diesem Lande mit seiner milden Natur sei der Kongreß herzlich willkommen und seine Teilnehmer möchten eine gute Erinnerung mit nach Hause nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Der internationale Sekretär Ilg dankt für den freundlichen Willkomm und den Regierungsvertretern für ihr Erscheinen. Die dänische Arbeiterbewegung sollte der manches andern Landes zum Vorbild dienen. Der Kongreß, fuhr der Redner fort, trete in einer Zeit schwerer politischer und wirtschaftlicher Nöte zusammen. Kaum je habe es eine derartig schlimme Verwirrung der Geister gegeben. In manchem europäischen Staate seien Demokratie und Fortschritt vom Faschismus gestört. So sei zum Beispiel der finnische Bruderverband hier nicht vertreten, weil er von einem faschistischen Regime daran gehindert werde. Die Bourgeoisie, in die Enge geraten, gebärde sich immer reaktionärer. Ein großer Teil der Bourgeoisie sympathisiere fieberhaft mit dem Faschismus. Die Krise, die durch den unheilbaren Gegensatz zwischen Erzeugung und Verbrauch zu einer Dauerkrise zu werden drohe, habe eine beispiellose Erwerbslosigkeit im Gefolge, so daß sich heute nicht sagen lasse, was morgen geschehen werde. In Dänemark schlage die Krise lange nicht so in die Augen wie anderswo, dank des großen Einflusses der Arbeiterschaft, die mit Überlegenheit und Zähigkeit ihre Sache verfechte. Gewiß sei auch in diesem Lande das sozialistische Ideal noch nicht verwirklicht, aber das ist ja selbst im bolschewistischen Rußland nicht der Fall.

Die dänischen Genossen, sagte Ilg weiter, haben große Verdienste um den Wiederaufbau unserer Internationale. Dafür sind wir ihnen zu großem Dank verpflichtet. (Allgemeine Zustimmung.) Es geziemt sich nun, unserer in den letzten Jahren verstorbenen Kollegen Hansen, Hirsbrunner, Domes und der andern zu gedenken. Die Verstorbenen waren nicht nur groß als

Menschen, sondern auch als internationale Sozialisten. Sie haben ihr ganzes Leben für unsere Ideale gestritten, wofür ihnen gedankt sei.

Hierauf erklärt der internationale Sekretär den Kongreß für eröffnet. Sodann werden als Vorsitzende Kjarboel-Dänemark, Brandes-Deutschland, Brownlie-England, Solau-Belgien und Hampf-Tschechei gewählt. Kjarboel leitet die erste Sitzung. Der Finanzminister Bramsmaes begrüßt den Kongreß namens der dänischen Regierung. Er fährt dann fort: Die internationalen Verbindungen der Arbeiter sind erfreulich. Denn es genügt nicht, Löhne und Arbeitsbedingungen in seinem eignen Lande allein zu verbessern. Das gilt insonderheit für die Länder mit guter wirtschaftlicher Lage. Sie vor allem haben die Aufgabe, den weniger günstig gestellten Ländern zu helfen, damit ihre Arbeiterschaft gleichfalls günstig gestellt wird. Dieser Aufgabe dient in hohem Maße dieser Kongreß. Darum heiße ich ihn herzlich willkommen und wünsche, daß es ihm gelingen möge, die internationalen Beziehungen der Metallarbeiter noch viel weiter zu stärken. (Stürmischer Beifall.)

Svendson, der Vertreter der Stadtverwaltung, stellt sich dem Kongreß als der Vertrauensmann der Arbeiter vor. Gerade als solcher gereiche es ihm zur besonderen Freude, eine so mächtige Organisation wie den Metallarbeiter-Bund in dem dem kleinen Dänemark begrüßen zu können. Er hofft, daß sich die fremden Gäste während ihres ganzen Aufenthalts in dem Lande wohl fühlen werden und alle einen dauernden und guten Eindruck von Dänemark behalten werden. (Beifall.) — Herr Staal vom Internationalen Arbeitsamt dankt für die Einladung und gibt dem Wunsche Ausdruck, die Beziehungen zwischen dem Bunde und dem Arbeitsamt möchten immer recht lebhaft und freundlich sein. Dann dankt als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes Genosse Jakobsen für die Einladung. Ihm folgt der Vorsitzende der dänischen Landesorganisation, der Reichstagsabgeordnete Nygaard. Dieser sagt, es sei eine besondere Freude für die dänischen Genossen, eine so bedeutende Internationale in ihrer Mitte zu haben. Der internationale Gedanke sei in Dänemark besonders stark. Von hier aus seien die Fäden zwischen den Arbeitern über ganz Europa gespannt worden. Diese Tagung möge darin fortfahren. Ihr Glück und Erfolg! (Beifall.)

Die Nachmittagsitzung leitet Brandes-Deutschland. Den Beginn der Verhandlung bildet der Bericht des internationalen Sekretärs über seine Tätigkeit seit dem Kongreß von Paris (1927). Er verweist auf den umfangreich gedruckten Bericht, den er nur etwas ergänzen wolle. Dann fährt er fort: In unserer Internationale ist etwas in Brauch, was es sonst in keiner andern Internationale gibt, es wird nämlich gewerkschaftliche Propaganda mit Bundesmitteln betrieben. Man könne der Meinung sein, das sei Sache der einzelnen Länder. Allein, wollte man dem willfahren, dann würden wirtschaftlich bedeutende Länder organisatorisch zurückbleiben. Es wäre auf diesem Gebiete noch mehr getan worden, wenn die Mittel der Bundeskasse nicht zu gering wären. Unsere Internationale habe von allen die niedrigsten Beiträge. Man habe bisher mit den beschränkten Mitteln die Obliegenheiten erfüllen können, hie und da freilich, und das erfolgreich, an die Freigebigkeit der großen Organisationen der Internationale appelliert, um den schwachen Verbänden zu helfen. Kritik hat, so schließt der Redner, unser Bund nicht gefunden, nur hie und da ist darauf verwiesen worden, daß noch nicht genug geschehen ist.

Die Metallarbeiter haben immer ihren Mann gestanden; sie werden auch künftig in der vordersten Reihe stehen. Um die Schlagkraft der organisierten Metallarbeiter auf die von den heutigen Verhältnissen gebotene Höhe zu bringen, müßten ihre Organisationen bedeutend stärker sein. Um dies den uns noch fernstehenden Kollegen einzuprägen, soll an die Metallarbeiter aller Länder ein Manifest von diesem Kongreß erlassen werden. Dieses Manifest müßte von allen Gewerkschafts- und sozialistischen Tagesblättern veröffentlicht werden. (Beifall.)

Im Anschluß an den Tätigkeitsbericht des Sekretärs wird nun über die wirtschaftliche Lage von den verschiedenen Industrieländern berichtet. Dazu sind sechs Berichterstatter vorgesehen. Ihren Reigen eröffnet der Kollege Brownlie-England. (Das meiste, was Brownlie und die andern Berichterstatter mitteilen, ist in dem Tätigkeitsbericht des internationalen Sekretärs zu finden, worauf hier abermals verwiesen sei.) Brownlie führt aus:

Auch Britannien ist von der wirtschaftlichen Weltkrankheit angesteckt. Die neueste Zahl der Arbeitslosen Englands beträgt mehr als zwei Millionen. Es sind von dieser Krankheit alle Branchen der Metallindustrie sehr stark angesteckt. Vor kurzer Zeit gab man uns noch drüben in Amerika gute Ratschläge, wie wir es zu machen hätten, um unsere Arbeitslosigkeit zu beseitigen oder zu verhüten, aber es scheint, die Amerikaner haben selbst ihre eignen Ratschläge nicht angewendet, denn jetzt haben sie noch viel mehr Erwerbslose als wir. Die Vereinigten Staaten zählen zwischen 5 und 6 Millionen, Deutschland 3 Millionen, in Polen, Australien, Japan usw. wird der Prozentsatz nicht geringer sein. In Amerika sagte man uns, die europäische

Arbeitslosigkeit sei auf die Trunksucht

der englischen Arbeiter zurückzuführen. Dies kann wohl auch nicht stimmen, denn die Vereinigten Staaten sind ja doch ganz trocken. Ich glaube, daß diese große allgemeine Krankheit dem Unterkonsum zuzuschreiben ist. Unsere Industriekapitäne und Finanzbarone aber wollen die Krankheit durch Lohnkürzung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen heilen, was nur das Übel verschlimmern kann.

Für die britische Eisenindustrie kommt, so erklärt Brownlie weiter, die schlechtere Bezahlung der Eisenarbeiter auf dem Kontinent dazu. Hierdurch wird der Absatz der englischen Hüttenindustrie schwer gehemmt, zum Teil ganz unmöglich gemacht. Der Redner führt als Beweis seiner Darlegung die Hüttenarbeiterlöhne der kontinentalen Länder an, die eine amtliche Kommission auf einer Studienreise ermittelt habe. Die Zahlen werden von einigen Vertretern, besonders von den belgischen und französischen angezweifelt. Außer den Löhnen, so betont Brownlie weiter, sei die Arbeitszeit der kontinentalen Eisenarbeiter ungünstiger als in England. Diese Unterschiedlichkeit sei auf die schlechte Organisation der kontinentalen Metall-

arbeiter zurückzuführen. Hier liege ein Teil des Übels, das beseitigt werden müsse, um unsere wirtschaftliche wie politische Kraft wirksamer entfalten zu können. (Beifall.)

Solau-Belgien berichtet nun von seinem Lande: Es seien hier 1913 180 000 Metallarbeiter, darunter 35 000 Hüttenarbeiter, beschäftigt gewesen, heute nur 120 000 mit 47 000 Hüttenarbeitern. Ein Rückgang von 13 000. Im Jahre 1913 habe die Schicht der Hüttenarbeiter 12 Stunden betragen, heute nur 8 Stunden. Allerdings betrage die wöchentliche Arbeitszeit in dieser Branche oft noch 56 Stunden, weil an 7 Tagen geschafft wird, aber jedem dieser Arbeiter sei alle drei Wochen ein Feiertag verbürgt. In Belgien ist die 48stündige Arbeitswoche ganz allgemein. Das Washingtoner Abkommen sei unter dem verstorbenen sozialdemokratischen Arbeitsminister Wauters ein- und durchgeführt worden. Das Gesetz wird streng angewendet. Gewiß gibt es Ausnahmen, aber die werden nur gestattet, wenn keine Arbeitslosen vorhanden sind. Wir erfreuten uns viel länger als unsere Nachbarländer eines guten Geschäftsganges, aber bei uns mehren sich längst die Zeichen, daß auch wir von der schlimmen Arbeitslosigkeit nicht verschont bleiben werden.

Solau zeigt nun, daß die von Brownlie angeführten Lohnzahlen für Belgien nicht zutreffen können, zumal sie von Unternehmern stammen und die Lohnzuschläge und dergleichen nicht berücksichtigt. In Sachen der Sozialversicherung mache Belgien weitere Fortschritte. Es läge ein Gesetzentwurf für die Krankenversicherung vor. Wir haben zwar, sagt der Redner zum Schluß, noch keine staatliche Arbeitslosenversicherung, immerhin aber erhalten unsere Erwerbslosen von den Gewerkschaften Unterstützung, und diese gewerkschaftliche Unterstützung wird aus öffentlichen Mitteln (Staat und Gemeinde) fast durchweg um 70 vH erhöht.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage wird fortgesetzt. Reichel-Deutschland berichtet: Die deutsche besitzende Klasse ist bestrebt, die Lasten des Youngplans auf die unteren Schichten abzuwälzen. Außerdem entzieht sie sich ihrer Verpflichtung gegen den Staat, indem sie Geld milliardenweis ins Ausland verschiebt. Daß das Kapital vaterlandslos ist, wird hier abermals aufs schlagendste bewiesen. Das Besondere an der jetzigen deutschen Lage ist, daß die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie im Verein mit der Staatsgewalt bestirmt werden. Der Oeynhauserschiedsspruch, der eine Lohnverminderung von 7 1/2 vH enthält, ist dem Arbeitsminister, der der katholischen Zentrumsparterie angehört, zu verdanken. Was so begonnen, wird in immer mehr Branchen oder Betrieben fortzusetzen versucht. Daß die Lohnkürzung die Krise nicht verbessern kann, sondern verschlimmern muß, liegt auf der Hand.

Mit dem Lohnabbau geht ein Angriff auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung Hand in Hand. Sie soll ihres lohnstützenden Charakters entkleidet werden. Selbstverständlich

setzen wir dem den nachhaltigsten Widerstand entgegen. Wenn wir dies nicht täten oder uns der Erfolg versagt bliebe, würden die üblen Wirkungen bald in den anderen Ländern zu spüren sein. Bei uns sind gleichfalls durch die überstürzte Rationalisierung viele Hunderttausende von Arbeitern außer Stellung gebracht worden. Wir müssen auf die Verkürzung der Arbeitszeit dringen. Mit dem Siebenstundentag allein ist das Problem nicht zu lösen. Notwendig ist eine Steigerung der Kaufkraft. Das Deutschland der Besitzenden will die Krise durch Lohnabbau und anderen Mitteln der Vergangenheit lösen. Daß wir uns mit aller Kraft dagegen wenden, ist selbstverständlich. Insonderheit suchen wir unsere Organisation zu stärken und über unser Land hinaus unsere Kräfte mit unseren Kameraden in den andern Ländern zu steigern. Dazu ist unsere Internationale das beste Mittel. Sie stellt den wahren Völkerbund dar.

Denn er wirkt für die Beseitigung der Zollschranken und andre den Warenaustausch hemmenden Mittel. Wir müssen allen Arbeitern immer wieder zurufen: Schafft Frieden und die Sicherheit für die Wohlfahrt der Völker. (Stürmischer Beifall.)

Hampf-Tschechoslowakei beginnt mit der Mitteilung der Lohnsätze der tschechischen Metallarbeiter. Die achtstündige Arbeitszeit werde dort streng eingehalten. In einigen Werken ist die tägliche Schaffenszeit noch geringer, weil die Pausen in die acht Stunden eingerechnet werden. Auf diese Weise geht die Schaffenszeit zuweilen schon auf sieben Stunden herab. Unter den 13 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei zählen wir zur Zeit etwa 80 000 Arbeitslose. Als Arbeitslosenunterstützung haben wir das Genter System, das heißt in der Hauptsache, es bekommt der aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung, der sich selbst (in den Gewerkschaften) gegen Erwerbslosigkeit versichert hat. Es macht sich in der letzten Zeit eine verschärfte Rationalisierung bemerkbar. Die Zahl der Beschäftigten sinkt, während die Produktionsmenge steigt. Das gilt besonders für die Automobilindustrie. Die Hüttenindustrie ist seit einem Jahre vollständig koalitiert. Diese Koalition versteckt sich unter dem unschuldigen Namen einer gemeinsamen Verkaufsstelle. In der tschechischen Maschinenindustrie herrschen heute zwei große Konzerne, wovon der eine 34 000, der andre 12 000 Arbeiter zählt. Leider hat die Organisation der Arbeiter nicht gleichen Schritt gehalten. Sie ist nicht in gleichem Maße verschmolzen, sondern immer noch in mehrere Richtungen getrennt. Die zahlenmäßig wichtigste ist der tschechische Verband, in dem 66 000 Personen vereinigt sind, in unserm Bruderverband, dem Komotauer, sind 25 000 Mitglieder, und der Rest von den insgesamt 91 000 organisierten Metallarbeitern verteilt sich auf andre Organisationen. Dank der Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung konnten namhafte Vorteile für die Arbeiterschaft erlangt werden. Allein, es fehlt auch bei uns noch sehr viel. (Beifall.)

Stein berichtet über Österreich. Er sagt, die Krise seines Landes sei zum Teil eine Weltkrise, zum Teil eine rein österreichische Krise, und dieser Teil entspringe den besonderen österreichischen Verhältnissen. Die Ausfuhr gehe ständig zurück, die Arbeitslosigkeit nehme ständig zu. Die österreichischen Unternehmer haben es längst aufgegeben, auf Lager zu arbeiten, um die flauere Zeit zu überwinden; sie arbeiten nur noch auf Bestellung, wozu sie die Kapitalarmut zwingt. Zwar ist Kapital genug im Lande, aber den Kapitalisten fehlt das Vertrauen zur eignen Industrie. Die Dividende der Aktiengesellschaften ist außergewöhnlich niedrig. Sie schwankt zwischen 0,4 und 7 vH. Was Wunder, daß bei uns auch die Produktivität zurückgeht.

Die österreichische Industrie stirbt langsam ab. Wir hatten unsere Hoffnung auf die großen Anleihen im Auslande gesetzt. Sie haben nur soviel gebracht, um die Schulden der Bundesbahnen zu decken und zwei kleine Bahnen anzu-



G. Solau
Belgien



D. Walther
Dänemark



Konrad Ilg
Schweiz



Fritjof Ekman
Schweden

bauen. Die Aussicht auf Besserung ist sehr gering. Die Arbeitslosigkeit wird bald zu einer Katastrophe führen. Heute ist schon jeder dritte Metallarbeiter ohne Beschäftigung. Unser Unternehmertum neigt zu diktatorischen Maßnahmen, und es kann in dieser Hinsicht auf die Unterstützung Ungarns und Jugoslawiens rechnen.

Kjörböl berichtet von Dänemark und den anderen skandinavischen Ländern. Er sagt, diese Länder bilden eine Familie, die durch Sprache und Kultur miteinander verwachsen sind. Wir in diesen kleinen Ländern müssen zusammenhalten, um unsere Stellung in der Welt zu halten. Das haben wir als Gewerkschafter in der Weise beherzigt, daß wir uns bei Lohnkämpfen gegenseitig unterstützen.

Für die Arbeiterschaft Finnlands ist die Lage zur Zeit schwierig. Die Arbeitslosen machen 30 vH aus. Eine Lohnerhöhung konnte seit Jahren nicht errungen werden; man hatte genug zu tun mit der Abwehr von Verschlechterungen, und selbst diese ist nur teilweise gelungen. Dies ist nicht zum geringsten auf die kommunistischen Umtriebe zurückzuführen, die die Gewerkschaften zerrütet und lahmgelegt haben. Die Arbeiter mußten dank der kommunistischen Zerstörungsarbeit ihre Kräfte gegenseitig vergeuden, was zur Folge hatte, daß die Kapitalistenklasse Oberwasser bekam. Eine Gesundung ist jedoch im Gange. Eine neue Organisation ist gegründet worden, die ihre Satzung mit der unserer Internationale im Einklang gebracht hat.

Viel günstiger steht es in Schweden. Dort sind die Metallarbeiter zu über 90 vH organisiert, und zwar sind in dem Metallarbeiter-Verband 101 000, in dem Formerverband 6000 und in

ein paar Fachvereine 2000. Es bestehen Lohnabkommen für 75 vH der Metallarbeiter. Die Regel ist Akkord, doch kommt natürlich auch Zeitlohn vor. Die Lehrlinge von 15 Jahren erhalten 34 bis 50 Öre die Stunde. Der durchschnittliche Stundenverdienst des gelernten Mannes beträgt 1,30 Kronen. Der Achtstundentag ist allgemein. Die Arbeitslosigkeit beträgt zur Zeit etwa 7 vH.

Von Norwegen ist ein beachtenswerter gewerkschaftlicher gewerkschaftlicher Fortschritt zu melden. Unsere Mitgliedschaft ist seit 1927 von 10 500 auf 16 000 gestiegen. Dieselbe Steigerung im Formerverband. In der Metallindustrie sind insgesamt 18 300 Mann organisiert. Der Schiffbau erfreut sich noch guter Beschäftigung. Wenn aber die Bestellungen vollendet sind, stehen Entlassungen in Aussicht.

In Dänemark zählen wir 31 000 Mitglieder, was für die letzten zwei Jahre einen Gewinn von 2500 bedeutet. Die Metallarbeiter sind vollständig organisiert. Der Stundenverdienst betrug im ersten Vierteljahr von 1930 im Durchschnitt 1,66 Öre für Kopenhagen, für das ganze Land 1,41 Öre. In der Urlaubsfrage stehen wir noch zurück. Wohl haben wir vier Tage Urlaub im Jahr, aber noch ohne Bezahlung. Obwohl wir in Dänemark weder Kohle und Eisen haben, sind wir mit diesen Rohstoffen nicht schlechter als die anderen Länder gestellt, weil wir

in Dänemark deutsche Kohle und Eisen billiger als die norddeutschen Städte erhalten. Wir haben gewiß auch unsere Schwierigkeiten. Allein, unsere Kapitalisten wissen, daß sie uns nicht über den Haufen werfen können. Wir sind in Dänemark an Geist und Organisation soweit, daß wir allen Möglichkeiten gewachsen sind. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Verhandlungstag

Die Sitzung leitet Hampl-Tschechoslowakei. Der Vertreter Luxemburgs, Krier, erstattet Bericht von seinen Lande. Auch er warnt, die Lohnzahlen Brownies für Luxemburg als richtig anzusehen. Nachdem er dies näher begründet hat, folgt der französische Kollege Chevalme. Er legt im einzelnen die Lage in Frankreich dar. Es sei nicht wahr, daß Frankreich vom Kriege profitiert habe, das Gegenteil sei richtig. Das kommende Geschlecht habe noch an den Kriegsfolgen zu tragen. Auch in Frankreich mache sich die Krise langsam bemerkbar. Zwar hat es noch keine nennenswerte Arbeitslosigkeit, sondern beschäftigt immer noch 2 1/2 Millionen ausländische Arbeiter. Davon stehen an die 300 000 in der Metallindustrie. Der regelmäßige Arbeitstag beträgt acht Stunden, in den ununterbrochenen Betrieben der Schwerindustrie jedoch 56 Stunden die Woche. Unsere Löhne stehen tatsächlich etwas unter den englischen, aber es bleibt uns doch ein Rätsel, daß trotz des höheren Lohns der englische Schiffbau um 30 vH billiger liefern kann als der französische.

Da nun die Berichterstattung beendet ist, beginnt Kollege Nixon (englischer Hüttenarbeiter) mit der Aussprache: Alle Metallbranchen Englands sind inmitten einer durchgreifenden Rationalisierung. Es werden ganz neue Hochöfen gebaut, so daß in ein paar Jahren mit 50 mehr erzeugt werden kann als jetzt mit 170. Der Auswirkung suchen wir dadurch vorzubeugen, daß wir die Sechsstundenschicht fordern. Die Leitung unserer Internationale sollte ein konstruktives Aktionsprogramm entwerfen.

(Fortsetzung des Berichtes in nächster Nummer)
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Feinfühligere Hände

führen die zarten schmiegsamen Tabakblätter den Bearbeitungsmaschinen zu, damit keine Blätter verletzt werden und der edle Lang-Schnitt erzielt wird.



Als meine Carmen sorgen die OVA-MÄDCHEN für die Qualität der Herstellung ihrer REEMTSMA CIGARETTE



Arabesformat 5 PE

LINDCAR

Jetzt auch Nähmaschinen!

LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk, unsere Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A.D.G.B.

Betten
Wir sind das größte Foto- und optische Haus Deutschlands, mit den besten Spezialisten für alle optischen Arbeiten. Wir sind die besten für alle optischen Arbeiten. Wir sind die besten für alle optischen Arbeiten.

TEILZAHLUNG
Jede Kamera 5 Tage zur Ansicht. Kostenloser Fachberatung durch unsere Fachkommissionen und Fotochemiker-Doktor H. Kerschow. - Auch ohne Anzahlung gegen unsere modernen Kameras. Best. zahlung in Kupon.

PHOTO FORST
Dorotheastr. 17. Foto- und optische Arbeiten. Lorenzstr. 17. 100

Alle Metallarbeiter die sich auf technischem Gebiete weiter fortbilden wollen, lesen die „Energie“

Elektroniker durch Fernunterricht
Prospekt o. freil. - Privatlehrgänge Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstr. 54

Wenn Sie ohne Unterbrechung Ihres Berufs, ohne Besuch eines Technikerschulungsbereiches, Fachkenntnisse erwerben und zu besser bezahlten Stellen kommen wollen, so lesen Sie dies

ENERGIE-SPEICHER

das technische Wissen, durch das Umstieg über die Weiterbildung, bestanden haben, nämlich die Selbstentwerfer der A. System. Konstrukt. Schweiß- und Spezialarbeiten. Praktischer Fachunterricht auf folgenden Gebieten: Elektrotechnik, Maschinenbau, Metallbau, Hoch- und Tiefbau, Bauwesen usw.

Praktischer Fernunterricht mit Abschlußprüfung vor einer Kommission. Ferner Nachprüfung verlorener Schulprüfungen (Überschneidungsbekanntnisse) durch die Selbstentwerfer der Methode Reuleaux. Ebenso berufliche, fernstudium, u. nachschulische Ausbildung. Besondere Nachschulung. Besondere Nachschulung. Besondere Nachschulung.

Rustische Lehrmittel, Preisliste-T. 277

KOLLEGEN!

Bestell rechtzeitig bei euren Verwaltungsstellen

Metallarbeiter-, Former-, Klempner- und Jugend-Kalender für das Jahr 1931

Josef Witt, Weiden (Opt.)
Aeltestes und größtes Spezial-Verstandhaus der Art Deutschlands.
mit eigener Spinnerei von 32500 Spindeln, mit eigener Weberei von 640 Webstühlen

gibt kurze Zeit ab:

Nr.	Preise per Mtr.	Breite	Mk. Pf.
93	Handtücher, dicht geschlossene, kräftige Strapazierqualität	40 cm	0.45
94	Hemdzenzephir, auch für Blusen geeignet, gute Sorte, schönes Muster	70 cm	0.48
95	Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar, 45 mal 45 cm, p. 1/2 Dutzend		0.98
96	Damentaschentücher, weiß, gute solide Sorte, mit Hohlsaum, 30 mal 30 cm	per 1/2 Dutzend	0.88

Gelegenheitskauf!

97 Weißes Hemdentuch, rein weiß, garantiert reine, ausgekochte Baumwolle ohne jeden Appreturzusatz, dicht geschlossen, dah. ganz vorzügliche, besonders gute Qualität

88 cm

0.66

Bis auf weiteres erhalten Sie auf 10% des Rabattes auf diese Preise noch Wunsch kostenlos eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10,- an. Portofreie Lieferung von Mk. 20,- an.

Zurücknahme jeder Ware auf unsere Kosten. Zurückzahlung des vollen angelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind.

Josef Witt, Weiden 84 Opt.